



Jahresabschluss 2017

GEMEINSAM ZIELE ERREICHEN



Berlin-
Brandenburg eG





- 1. Jahresbilanz
- 2. Gewinn- und Verlustrechnung
- 3. Anhang

Jahresabschluss der Kreditinstitute in der
Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft

1. Jahresbilanz zum 31.12.2017

Aktivseite

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			521.065,73		705
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			-		-
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	-			(-)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			-	521.065,73	-
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			-		-
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	-			(-)
b) Wechsel			-	-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			46.214.543,67		52.237
b) andere Forderungen			34.727.209,44	80.941.753,11	30.033
4. Forderungen an Kunden				1.111.213.092,32	1.060.553
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	763.387.130,58				(723.869)
Kommunkredite	-				(-)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		-			-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-				(-)
ab) von anderen Emittenten		-	-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-				(-)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		34.766.181,80			35.090
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	29.750.398,98				(32.867)
bb) von anderen Emittenten		294.818.324,11	329.584.505,91		321.300
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	232.755.423,83				(282.942)
c) eigene Schuldverschreibungen			-	329.584.505,91	-
Nennbetrag	-				(-)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				250.482.006,92	245.110
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					
a) Beteiligungen			24.230.083,10		24.230
darunter:					
an Kreditinstituten	14.199.989,30				(14.200)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			5.005.510,00	29.235.593,10	5.006
darunter:					
bei Kreditgenossenschaften	4.999.960,00				(5.000)
bei Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				-	-
darunter:					
an Kreditinstituten	-				(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
9. Treuhandvermögen				-	-
darunter: Treuhandkredite	-				(-)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				-	-
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			-		-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			42.925,79		36
c) Geschäfts- oder Firmenwert			-		-
d) geleistete Anzahlungen			-	42.925,79	-
12. Sachanlagen				18.279.501,84	14.484
13. Sonstige Vermögensgegenstände				3.033.640,68	2.755
14. Rechnungsabgrenzungsposten				2.151.390,43	726
Summe der Aktiva				1.825.485.475,83	1.792.265

Passivseite

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			155.012,03		16
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			297.629.371,37	297.784.383,40	302.905
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		409.363.512,72			461.708
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		37.482.174,18	446.845.686,90		37.574
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		759.020.677,65			662.434
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		141.714.583,37	900.735.261,02	1.347.580.947,92	167.251
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			-		-
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			-	-	-
darunter:					
Geldmarktpapiere	-				(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-				(-)
4. Treuhandverbindlichkeiten				-	-
darunter: Treuhandkredite	-				(-)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				1.757.580,72	1.803
6. Rechnungsabgrenzungsposten				344.865,59	260
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			8.070.698,00		7.324
b) Steuerrückstellungen			-		615
c) andere Rückstellungen			2.408.099,33	10.478.797,33	3.782
8.				-	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				19.525.435,57	17.691
10. Genusssrechtskapital				-	-
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-				(-)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				40.700.000,00	26.600
darunter: Sonderposten n. § 340e Abs. 4 HGB	-				(-)
12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital			36.009.230,00		32.098
b) Kapitalrücklage			-		-
c) Ergebnisrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		9.900.000,00			9.600
cb) andere Ergebnisrücklagen		59.100.000,00			58.300
cc)		-	69.000.000,00		-
d) Bilanzgewinn			2.304.235,30	107.313.465,30	2.304
Summe der Passiva				1.825.485.475,83	1.792.265
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechslen			-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			122.608,98		125
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			-	122.608,98	-
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			68.556.699,60	68.556.699,60	86.575
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften	-				(-)

2. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2017

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		36.757.246,26			41.753
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		6.168.277,39	42.925.523,65		7.320
darunter: in a) und b) angefallene negative Zinsen	49.646,41				(11)
2. Zinsaufwendungen			-21.840.917,82	21.084.605,83	-24.685
darunter: aus Aufzinsung von Rückstellungen	-48.438,00				(- 55)
darunter: erhaltene negative Zinsen	150.513,30				(19)
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			7.217.880,93		4.789
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			712.722,53		451
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			-	7.930.603,46	-
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				-	-
5. Provisionserträge			1.862.445,34		1.610
6. Provisionsaufwendungen			-2.057.361,61	-194.916,27	-2.468
7. Nettoertrag des Handelsbestands				-	-
8. Sonstige betriebliche Erträge				1.775.181,49	1.312
9. _____				-	-
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		-7.567.102,30			-6.917
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		-1.798.267,56	-9.365.369,86		-1.307
darunter: für Altersversorgung	-421.936,68				(- 45)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			-7.683.381,14	-17.048.751,00	-7.419
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				-617.574,69	-507
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				-1.201.581,94	-1.335
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen		-562.720,80			(- 197)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft				-	-597
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			6.984.748,87	6.984.748,87	-
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			-215.472,35		-1.869
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren				-215.472,35	-
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				-	-
18. _____				-	-
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				18.496.843,40	10.131
20. Außerordentliche Erträge				-	-
21. Außerordentliche Aufwendungen				-	-
22. Außerordentliches Ergebnis				-	(-)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			-2.091.037,10		-2.492
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			-1.571,00	-2.092.608,10	-35
24a. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				-14.100.000,00	-5.300
25. Jahresüberschuss				2.304.235,30	2.304
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				-	-
				2.304.235,30	2.304
27. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage			-		-
b) aus anderen Ergebnisrücklagen			-		-
				2.304.235,30	2.304
28. Einstellungen in Ergebnisrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage			-		-
b) in andere Ergebnisrücklagen			-		-
29. Bilanzgewinn				2.304.235,30	2.304

3. Anhang

A. Allgemeine Angaben

- ▶ Die PSD Bank Berlin-Brandenburg eG, Berlin, ist beim Amtsgericht Charlottenburg in Berlin unter der Genossenschaftsregister Nummer GnR 560 B eingetragen.
- ▶ Der Jahresabschluss wurde nach den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach den vorgeschriebenen Formblättern.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden

- ▶ Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den allgemeinen Bewertungsvorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340 ff. HGB).
- ▶ Bei der Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden im Einzelnen folgende Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden angewandt:

Forderungen

Die einzelnen Vermögensgegenstände wurden vorsichtig bewertet.

Die Barreserve wurde mit dem Nennwert, die Forderungen an Kreditinstitute wurden mit dem Nennwert zuzüglich anteiliger Stückzinsen bilanziert, wobei ein evtl. Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und Anlagebetrag als Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst wird.

Die Forderungen an Kunden wurden mit dem Nennwert zuzüglich anteiliger Stückzinsen angesetzt, wobei der Unterschiedsbetrag zwischen dem höheren Nennwert und dem niedrigeren Auszahlungsbetrag im passiven Rechnungsabgrenzungsposten enthalten ist. Der Unterschiedsbetrag wird zinsanteilig aufgelöst.

Die in den Forderungen an Kunden enthaltenen Bonitätsrisiken haben wir durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und unversteuerten Pauschalwertberichtigungen in ausreichender Höhe abgedeckt.

Die Ermittlung der unversteuerten Pauschalwertberichtigungen erfolgte in Anlehnung an den Erlass der Finanzverwaltung auf Grundlage der Ausfallmethode.

Zur Sicherung gegen allgemeine Bankrisiken bestehen Vorsorgereserven gemäß § 340f und § 340g HGB.

Wertpapiere

Die Bewertung des gesamten Wertpapierbestandes, sowohl des Umlauf- als auch des Anlagevermögens, erfolgte nach den Grundsätzen des strengen Niederstwertprinzips. Die Anschaffungskosten über pari der im Anlagevermögen gehaltenen Schuldverschreibungen werden durch ratierliche Abschreibungen an den niedrigeren Einlösungskurs angepasst.

Die AT1-Anleihen der DZ Bank wurden nach allgemein anerkannten Bewertungsmethoden (Discounted Cash-Flow-Verfahren) bewertet.

Strukturierte Finanzinstrumente

Strukturierte Finanzinstrumente werden als einheitlicher Vermögensgegenstand gemäß den Voraussetzungen des IDW RS HFA 22 bilanziert.

Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungen und die Geschäftsguthaben bei Genossenschaftsbanken wurden mit den Anschaffungskosten bilanziert.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die Bewertung der immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen erfolgte zu Anschaffungskosten und, soweit abnutzbar, vermindert um planmäßige Abschreibungen nach der linearen bzw. degressiven Methode.

Den planmäßigen Abschreibungen liegen die der geschätzten wirtschaftlichen Nutzungsdauer entsprechenden Abschreibungssätze zugrunde, die sich grundsätzlich an den von der Finanzverwaltung veröffentlichten Abschreibungstabellen orientieren.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen werden im Anschaffungsjahr bei linearer bzw. degressiver Abschreibung pro rata temporis abgeschrieben.

Software wird unter der Bilanzposition „Immaterielle Anlagewerte“ ausgewiesen.

Wirtschaftsgüter i. S. v. § 6 Abs. 2a EStG werden im Jahr der Anschaffung in einem Sammelposten erfasst.

Der Sammelposten wird über fünf Jahre linear aufgelöst.

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis 150 EUR werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Sonstige Vermögensgegenstände

Sonstige Vermögensgegenstände wurden grundsätzlich zum Nennwert oder zu Anschaffungskosten bilanziert.

Latente Steuern

Zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen bestehen zeitliche oder quasi-permanente Differenzen, die sich in späteren Geschäftsjahren vorraussichtlich abbauen.

Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31.12.2017 war keine Rückstellung für passive latente Steuern zu bilden.

Der Aktivüberhang beruht im Wesentlichen auf Forderungen an Kunden, Wertpapieren und Rückstellungen.

Bei einer Gesamtdifferenzbetrachtung errechnet sich ein aktiver Überhang von latenten Steuern, der in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht angesetzt wurde.

Verbindlichkeiten

Die Passivierung der Verbindlichkeiten erfolgte zum jeweiligen Erfüllungsbetrag zuzüglich fälliger und anteiliger Zinsen.

Abgezinst Sparbriefe wurden zum Ausgabebetrag zuzüglich kapitalisierter Zinsen bis zum Bilanzstichtag passiviert.

Rückstellungen

Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst.

Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung und mit sonstigen, über den Zins hinausgehenden Vorteilen wurde durch Rückstellungsbildung in angemessenem Umfang Rechnung getragen.

Den Pensionsrückstellungen liegen versicherungsmathematische Berechnungen auf Basis der "Richttafeln 2005 G" (Prof. Dr. Klaus Heubeck) zugrunde. Die Verpflichtungen aus Anwartschaften auf Pensionen werden mittels Anwartschaftsbarwertverfahren (PUCM) angesetzt. Laufende Rentenverpflichtungen und Altersversorgungsverpflichtungen gegenüber ausgeschiedenen Mitarbeitern sind mit dem Barwert bilanziert.

Als Rententrend wurden 1 bis 3 Prozent angenommen.

Die Abzinsung der Pensionsrückstellungen erfolgte unter Annahme einer Restlaufzeit von 15 Jahren (Vereinfachungsregel) mit 3,68 Prozent (durchschnittlicher Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre auf Basis des von der Deutschen Bundesbank per Dezember 2017 ermittelten Zinssatzes). Im Vergleich zu einer Abzinsung mit einem entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre in Höhe von 2,80 Prozent ergibt sich ein Unterschiedsbetrag von 810.071 EUR.

Erfolgswirkungen aus einer Änderung des Diskontierungssatzes im Zusammenhang mit den Pensionsrückstellungen werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis gezeigt.

Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs

Die Finanzinstrumente des Zinsbuchs (einschließlich derivativer Steuerungsinstrumente der Aktiv-Passiv-Steuerung) werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller zinstragenden bilanziellen und außerbilanziellen Positionen des Bankbuchs nach Maßgabe von IDW RS BfA 3 verlustfrei bewertet. Hierbei werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt und von dem positiven Überschuss die Risiko- und Bestandsverwaltungskosten abgezogen. Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang wird eine Drohverlustrückstellung gebildet, die unter den anderen Rückstellungen ausgewiesen wird. Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31.12.2017 war keine Rückstellung zu bilden.

Vermerke unter dem Bilanzstrich

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit übernehmen wir regelmäßig Bürgschaften.

Dabei ist es für uns erforderlich, Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder Leistungen nicht vertragsgemäß erfüllt. Der Umfang der übernommenen Verpflichtungen ist aus den Angaben „Unter dem Bilanzstrich“ ersichtlich.

Die dargestellten Beträge zeigen nicht die künftig aus diesen Verträgen zu erwartenden Zahlungsströme, da die Mehrzahl der Eventualverbindlichkeiten ohne Inanspruchnahme ausläuft.

Die unwiderruflichen Kreditzusagen zum 31. Dezember 2017 in Höhe von 68.557 TEUR betreffen Zusagen von Buchkrediten an Nichtbanken.

Wir gewähren unwiderrufliche Kreditzusagen, um den Finanzierungsbedürfnissen unserer Kunden zu entsprechen. Unwiderrufliche Kreditzusagen umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der gewährten Zusagen, welche nicht durch uns widerrufen werden können.

Die unwiderruflichen Kreditzusagen werden mit dem Nominalbetrag gezeigt und bei der Überwachung der Kreditrisiken berücksichtigt.

Derivative Finanzinstrumente

Zum Bilanzstichtag aufgelaufene Zinsansprüche aus derivativen Geschäften wurden als Forderungen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bilanziert.

Derivative Finanzinstrumente dienen der Absicherung bilanzieller oder außerbilanzieller Posten. Sofern die erforderlichen Voraussetzungen nach § 254 HGB vorliegen, werden Bewertungseinheiten gebildet.

Die zur Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos abgeschlossenen derivativen Geschäfte werden in die Gesamtbetrachtung des Zinsbuchs einbezogen und sind somit nicht gesondert zu bewerten.

Bei den abgeschlossenen Zinsbegrenzungsvereinbarungen wird die gezahlte Prämie über die Laufzeit verteilt.

Zinserträge/Zinsaufwendungen

Negative Zinsen aus Aktivgeschäften werden im Zinsertrag erfasst (Reduktion des Zinsertrags).

Negative Zinsen aus Passivgeschäften werden im Zinsaufwand erfasst (Reduktion des Zinsaufwands).

Im Falle von Zinsswaps werden die Zahlungsströme je Swapvertrag verrechnet und der verbleibende Saldo vorzeichen-gerecht als Zinsertrag bzw. -aufwand ausgewiesen.

C. Entwicklung des Anlagevermögens (volle EUR)

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten 01.01. EUR	Zugänge EUR	Umbuchungen (+/-) EUR	a) Abgänge b) Zuschüsse EUR	Anschaffungs-/ Herstellungskosten am Bilanzstichtag EUR	Buchwerte am Bilanzstichtag EUR	Buchwerte Vorjahr EUR
Immaterielle Anlagevermögen	306.347	28.422	-	a) - b) -	334.769	42.926	36.316
Sachanlagen:							
a) Grundstücke und Gebäude	14.536.568	4.145.890	-	a) - b) -	18.682.458	17.617.528	13.820.989
b) Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	1.951.553	245.386	-	a) 139.304 b) -	2.057.635	661.974	663.000
a	16.794.468	4.419.698	-	a) 139.304 b) -	21.074.862	18.322.428	14.520.305

	Abschreibungen (kumuliert) 01.01. EUR	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Zugängen (ohne Abschreibun- gen Geschäftsjahr) (+) EUR	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Abgängen (-) EUR	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Umbuchungen (+/-) EUR	Abschreibungen Geschäftsjahr EUR	Zuschrei- bungen Geschäftsjahr EUR	Abschrei- bungen (kumuliert) am Bilanz- stichtag EUR
Immaterielle Anlagevermögen	270.031	-	-	-	21.812	-	291.843
Sachanlagen:							
a) Grundstücke und Gebäude	715.579	-	-	-	349.351	-	1.064.930
b) Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	1.288.553	-	139.304	-	246.412	-	1.395.661
a	2.274.163	-	139.304	-	617.575	-	2.752.434

	Anschaffungs- kosten 01.01. EUR	Veränderungen (saldiert) EUR	Buchwerte am Bilanzstichtag EUR
Wertpapiere des Anlagevermögens	527.398.749	- 15.807.921	511.590.828
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften	29.235.593	-	29.235.593
b	556.634.342	- 15.807.921	540.826.421
Summe a und b	573.428.810		559.148.849

D. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

- In den Forderungen an Kreditinstitute sind **46.416.660 EUR** Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.

- Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b), (ohne Bausparguthaben)	bis 3 Monate	EUR	11.727.209
	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	EUR	5.000.000
	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	EUR	4.000.000
	mehr als 5 Jahre	EUR	14.000.000
Forderungen an Kunden (A 4)	bis 3 Monate	EUR	23.724.793
	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	EUR	47.005.415
	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	EUR	232.148.612
	mehr als 5 Jahre	EUR	802.833.676

In den Forderungen an Kunden sind **5.500.596 EUR** Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten. Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

- Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr **21.208.127 EUR** fällig.

- In den Forderungen und Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an Beteiligungsunternehmen sind:

	Forderungen an verbundene Unternehmen		Forderungen an Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Forderungen an Kreditinstitute (A 3)	–	–	46.416.660	58.602.837
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	–	–	6.630.452	5.800.000

- Wir halten Anteile an Sondervermögen (§ 1 Abs. 10 KAGB) von mehr als 10 Prozent:

Anlageziele	Buchwert	Zeitwert	Differenzen (Zeitwert/Buchwert)	Erhaltene Ausschüttungen	Tägliche Rückgabe
	EUR	EUR	EUR	EUR	Ja/Nein
Renditeerwartung	207.738.714	207.738.714	–	5.858.944	Ja

- Die Genossenschaft besitzt folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital %	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
		Jahr	EUR	Jahr	EUR
a) DZ Bank AG, Frankfurt am Main	0,2883	2016	10.256.000.000	2016	323.000.000
b) DZ Beteiligungs GmbH & Co. KG Baden-Württemberg, Karlsruhe	0,2634	2016	3.097.892.671	2016	–
c) Servicegesellschaft der PSD Banken mbH, Bonn	7,1429	2016	920.516	2016	21.488

► In folgenden Posten sind enthalten:

	börsenfähig	börsennotiert	nicht börsennotiert	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere
	EUR	EUR	EUR	EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	329.584.506	300.281.008	29.303.498	–
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (A 6)	31.816.619	–	31.816.619	–

► In den Sachanlagen sind enthalten:

Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	EUR	13.797.519
Betriebs- und Geschäftsausstattung	EUR	661.974

► Im Posten „Sonstige Vermögensgegenstände“ sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

Prämien für Zinsbegrenzungsvereinbarungen	EUR	1.008.100
Steuererstattungsanspruch Körperschaftsteuer inkl. Solidaritätszuschlag 2017	EUR	412.126
Steuererstattungsanspruch Gewerbesteuer 2017	EUR	308.652

► Im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind **1.921.850 EUR** Agiobeträge auf Forderungen (Vorjahr: **488.663 EUR**) enthalten.

► Im Rahmen von echten Pensionsgeschäften wurden Vermögensgegenstände mit einem Buchwert von **69.038.637 EUR** übertragen.

Der für die Übertragung erhaltene Betrag wurde passiviert.

► In folgenden Posten und Unterposten der Aktivseite sind Vermögensgegenstände, für die eine Nachrangklausel besteht, enthalten:

Posten – Unterposten	Geschäftsjahr		Vorjahr	
A 3 Forderungen gegenüber Kreditinstituten	EUR	9.247.370	EUR	5.240.090
A 5 Festverzinsliche Wertpapiere	EUR	19.862.955	EUR	5.800.000

► In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind **265.007.881 EUR** Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten.

► Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	14.338.121	95.926.430	22.400.679	164.964.141
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2ab)	9.529.043	17.510.875	8.691.727	1.750.529
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	41.423.139	65.715.985	28.138.871	6.436.588

Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

- Im Posten „Sonstige Verbindlichkeiten“ sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

Kapitalertragsteuer-Anmeldung Dezember 2017 einschließlich Solidaritätszuschlag	EUR	390.172
---	-----	---------

- Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagiobeträge, die bei der Ausreichung von Forderungen in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von **5.836 EUR** (Vorjahr: **20.946 EUR**) enthalten.

- Angaben zum Posten „Nachrangige Verbindlichkeiten“:
Im Geschäftsjahr fielen Aufwendungen in Höhe von **330.110 EUR** an.

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen. Die Nachrangigkeit der Verbindlichkeit ist wie folgt geregelt:

Die aufgeführten Verbindlichkeiten sind im Falle des Konkurses oder der Liquidation der Bank erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen. Eine Umwandlung in andere Eigenkapitalformen ist nicht möglich.

Für die nachrangigen Verbindlichkeiten gelten die folgenden wesentlichen Bedingungen:

Die Laufzeiten der nachrangigen Verbindlichkeiten betragen fünf, sieben oder zehn Jahre. Die nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Anforderungen an das Ergänzungskapital (Art. 62 ff CRR).

- In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Verbindlichkeiten gegenüber			
	verbundenen Unternehmen		Beteiligungsunternehmen	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1)	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
	–	–	265.007.881	269.734.484

- Die unter dem Passivposten „Gezeichnetes Kapital“ ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

Geschäftsguthaben	
a) der verbleibenden Mitglieder	EUR 35.504.710
b) der ausscheidenden Mitglieder	EUR 478.630
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen	EUR 25.890
Rückständige fällige Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile	EUR –

- Die Ergebnisrücklagen haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Gesetzliche Rücklage		Andere Rücklagen	
Stand 1. Januar 2017	EUR	9.600.000	EUR	58.300.000
Einstellungen aus Bilanzgewinn des Vorjahres	EUR	300.000	EUR	800.000
Stand 31. Dezember 2017	EUR	9.900.000	EUR	59.100.000

- Der Vorstand schlägt vor, den Jahresüberschuss (Bilanzgewinn) wie folgt zu verwenden:

	EUR
3,000 % Dividende auf Geschäftsguthaben	1.004.235,30
Gesetzliche Rücklage	300.000,00
Andere Ergebnisrücklagen	1.000.000,00
Insgesamt	2.304.235,30

- In Bezug auf die Gesamttätigkeit der Bank sind die folgenden „Anderen Verpflichtungen“ (Vermerkposten 2 unter dem Bilanzstrich) von wesentlicher Bedeutung:

Art der Verbindlichkeit	EUR
Unwiderrufliche Kreditzusagen	68.556.700

- Der aus der Neuregelung zur Bewertung von Altersversorgungsverpflichtungen nach § 253 Abs. 6 HGB ausschüttungsgesperrte Betrag liegt bei **810.071 EUR**.

- Zum Bilanzstichtag bestanden noch nicht abgewickelte Termingeschäfte (§ 36 RechKredV) folgender Art:

- a) Zinsswaps in Höhe von 249,0 Mio. EUR zur Absicherung bzw. Steuerung des Zinsänderungsrisikos
 b) Floors in Höhe von 15,0 Mio. EUR zur Absicherung gegen sinkende bzw. niedrige Geldmarktzinsen
 c) Caps in Höhe von 350,0 Mio. EUR zur Absicherung gegen steigende bzw. hohe Geldmarktzinsen

Die genannten noch nicht abgewickelten Termingeschäfte entfallen nicht auf Handelsgeschäfte.

Volumen der nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Derivategeschäfte des Nichthandelsbestands

In der nachfolgenden Tabelle sind die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Derivategeschäfte (exklusive Stückzinsen), die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert wurden (Nichthandelsbestand), zusammengefasst (§ 36 RechKredV bzw. § 285 Nr. 19 HGB).

Angaben in Mio. EUR	Nominalbetrag Restlaufzeit				Beizulegender Zeitwert positiv	Beizulegender Zeitwert negativ
	< = 1 Jahr	> 1 – 5 Jahre	> 5 Jahre	Summe		
Zinsbezogene Geschäfte						
OTC-Produkte Zinsswaps (gleiche Währung)	10,0	55,0	184,0	249,0	1,1	25,1
OTC-Produkte Zinsoptionen-Käufe	15,0	300,0	50,0	365,0	0,8	–

Die in vorstehender Tabelle enthaltenen zinsbezogenen Geschäfte dienen der Steuerung von Zinsänderungsrisiken.

Die Zinsderivate werden ausschließlich zur Steuerung des Zinsbuches im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung eingesetzt.

Die Zinsswaps wurden anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag nach der Barwertmethode bewertet.

Die Caps und Floors (Zinsoptionen) wurden anhand anerkannter Optionspreismodelle bewertet.

Für Zinsbegrenzungsvereinbarungen (Caps, Floors) im Volumen von 365,0 Mio. EUR stehen Optionsprämien in Höhe von 1.008 TEUR zu Buche (Aktiva 13).

- Von den Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten sind durch Übertragung von Vermögensgegenständen gesichert:

Passivposten	Zur Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände	Gesamtbetrag in EUR
1b. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Wertpapiere	99.847.089
Posten unter dem Strich bzw. außerhalb der Bilanz		
Derivate	Wertpapiere	25.724.431

II. Gewinn- und Verlustrechnung

- In den Zinserträgen sind 49.646 EUR negative Zinsen aus Einlagen bei der DZ BANK AG und anderen Kreditinstituten enthalten. Positive Zinsen aus Kundeneinlagen in unserem Haus haben wir nicht generiert. Die positiven Zinsen aus Refinanzierungen bei Kreditinstituten belaufen sich auf 150.513 EUR und sind im Zinsaufwand ausgewiesen.
- Durch die vorzeitige Auflösung von Refinanzierungsdarlehen und Zinsswap-Geschäften der Aktiv-Passiv-Steuerung wurde ein negatives Zinsergebnis in Höhe von 6.930 TEUR realisiert.
- Die für das Geschäftsjahr ermittelten Aufzinsungseffekte für Zinsrückstellungen aus Zinsprodukten wurden unter den Zinsaufwendungen erfasst. Dadurch hat sich der Zinsüberschuss per Saldo um 48 TEUR (Vorjahr 55 TEUR) vermindert.

E. Sonstige Angaben

▶ Im Geschäftsjahr beliefen sich die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats auf **145.549 EUR**.

▶ Von der Möglichkeit des § 286 Abs. 4 HGB wurde Gebrauch gemacht.

▶ Für frühere Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2017 Pensionsrückstellungen in Höhe von **1.368.781 EUR**.

▶ Am Bilanzstichtag betragen die gewährten Vorschüsse und Kredite sowie die eingegangenen Haftungsverhältnisse für

Mitglieder des Vorstandes	EUR	319.647
Mitglieder des Aufsichtsrates	EUR	1.045.063

▶ Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten und nicht als Haftungsverhältnisse anzugeben, jedoch für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Form von Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. (Garantieverbund) in Höhe von **3.311.844 EUR**.

▶ Ferner besteht gemäß § 7 der Beitritts- und Verpflichtungserklärung zum institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH (BVR-ISG) eine Beitragsgarantie gegenüber der BVR-ISG. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen, sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.

▶ Gemäß Teil 8 der CRR (Art. 435 bis 455) offenzulegende Inhalte sind zum Teil im Lagebericht enthalten. Wir beabsichtigen, die weiteren Angaben in einem separaten Offenlegungsbericht zu machen und auf unserer Homepage zu veröffentlichen.

▶ Die Zahl der im Jahr 2017 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	104,8	34,2

Außerdem wurden durchschnittlich 1,5 Auszubildende beschäftigt.

▶ Mitgliederbewegung

	Zahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile	Haftsummen EUR
Anfang 2017	37.104	3.176.510	–
Zugang 2017	1.534	424.413	–
Abgang 2017	919	50.452	–
Ende 2017	37.719	3.550.471	–

Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um	EUR	3.739.610
Höhe des Geschäftsanteils	EUR	10
Höhe der Haftsumme	EUR	–

▶ Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes:

Verband der PSD Banken e. V.
Dreizehnmorgenweg 36
53175 Bonn

▶ Mitglieder des Vorstands

Bernhard Soeken	hauptamtlicher Geschäftsleiter	(bis 31.12.2017), Vorsitzender
Grit Westermann	hauptamtliche Geschäftsleiterin	(Vorstandssprecherin ab 01.01.2018)
Jörg Wohlrab	hauptamtlicher Geschäftsleiter	(ab 01.01.2018)
Daniel Mohaupt	hauptamtlicher Geschäftsleiter	(ab 01.01.2018)

▶ Mitglieder des Aufsichtsrates:

Dipl.-Kfm. Joachim Rösemann	Vorsitzender	Rentner
Burkhard von Walsleben	stellv. Vorsitzender	Pensionär
Dipl.-Ing. Dieter Barz		Privatier
Dr. Ulrich Bremer		Geschäftsführer der Dresden International University GmbH
Dipl.-Verw. Christine Fröhlich		Sachbearbeiterin Haushaltsabteilung, Bundesministerium der Finanzen
Dipl.-Kff. Claudia Junker		Geschäftsführerin Procedera Consult GmbH
Ass. jur. Ingo Krüger		Tarif-Kanzleileiter, Deutsche Post AG
Sabine Mose		Leiterin Unternehmensservice, PSD Bank Berlin-Brandenburg eG
Prof. Dr. Henrik Schütt		Professor für Bank- und Finanzwirtschaft, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

Berlin, 08. Februar 2018

(Ort, Datum)

PSD Bank Berlin-Brandenburg eG

(Firma der Genossenschaft)

Der Vorstand



Grit Westermann



Jörg Wohlrab



Daniel Mohaupt

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die PSD Bank Berlin-Brandenburg eG

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der PSD Bank Berlin-Brandenburg eG (im Folgenden "Genossenschaft") – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31.12.2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Genossenschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31.12.2017 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Genossenschaft zum 31.12.2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31.12.2017.
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden "EU-APrVO") unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Genossenschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO i. V. m. §§ 55 Abs. 2, 38 Abs. 1a GenG, dass alle bei uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31.12.2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir den aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar:

Bewertung von Kundenforderungen

a) Sachverhalt und Problemstellung

Die Forderungen an Kunden, saldiert mit der gebildeten Risikovorsorge, umfassen einen Betrag in Höhe von TEUR 1.111.213. Dies entspricht 60,9 % der Bilanzsumme. Zudem bestehen Eventualverbindlichkeiten in Höhe von TEUR 122,6. In den letzten Jahren war ein deutlicher, über dem jeweiligen Verbandsschnitt liegender, Anstieg der Kundenforderungen zu verzeichnen. Dies resultiert zum einen aus der anhaltend hohen Nachfrage nach eigenem Wohnraum, zum anderen auch aus Vertriebsfolgen bei der Erweiterung bzw. dem Ausbau des Individualgeschäfts (z. B. Privatinvestoren, Baugruppen und Wohnungsbaugenossenschaften). Der Anteil des Kundenkreditvolumens, der auf Wohnbaufinanzierungen von „Unternehmen und wirtschaftliche selbständige Privatpersonen“ entfällt, stieg von 4,72 % in 2014 bis auf 12,17 % in 2017.

Die Identifizierung von Wertminderungen und die Ermittlung von Einzelwertberichtigungen unterliegen wesentlichen Schätzungsunsicherheiten und Ermessenspielräumen. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass Wertberichtigungsbedarf nicht rechtzeitig identifiziert wird bzw. die Höhe der Wertberichtigung von der wirtschaftlichen Lage und Entwicklung der jeweiligen Kreditnehmer sowie von der Bewertung der Kreditsicherheiten abhängig ist. Daher ist die zutreffende Bewertung der Kundenforderungen für den Jahresabschluss und insbesondere für die Ertragslage von entscheidender Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.

b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse

Wir haben zunächst beurteilt, ob die Systeme bzw. Prozesse der Bank derart ausgestaltet sind, dass akute Risiken mit hinreichender Sicherheit rechtzeitig erkannt werden und gegebenenfalls eine Risikovorsorge in ausreichendem Umfang gebildet wird. Unsere Prüfungshandlungen umfassten die für die Bewertung der Kundenforderungen relevanten Bereiche und Prozesse.

In Folge haben wir uns von der Funktionsfähigkeit der Regelungen bzw. Prozesse durch Prüfung in Stichproben überzeugt. Hierbei stellen wir auf die eingerichteten relevanten Kontrollen der Bank ab.

Des Weiteren haben wir analytische Prüfungshandlungen durchgeführt. Dabei wurde der Datenbestand der Bank in Hinblick auf vordefinierte Prüfkriterien ausgewertet. In diesem Zusammenhang wurden insbesondere die Kreditengagements in Baugruppen, die Ratingeinstufungen, die Höhe der ungesicherten Krediteile und die Gesamtzusage berücksichtigt.

Hierauf aufbauend haben wir bewusst ausgewählte Kreditengagements hinsichtlich der Notwendigkeit und – soweit erforderlich – der Angemessenheit einer Risikovorsorge einer Einzelfallprüfung unterzogen.

Im Rahmen unserer Prüfungshandlungen haben wir ebenfalls untersucht, dass mit dem beschriebenen Kreditwachstum keine höheren Risiken einhergehen.

c) Verweis auf weitergehende Informationen

Weitere Angaben der Bank zur Bilanzierung und Bewertung von Forderungen im Kreditgeschäft sind im Anhang im Abschnitt Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden enthalten.

Der Lagebericht enthält Ausführungen zu den Kreditstrukturen und Verfahren der Risikoerkennung.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen den Geschäftsbericht, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Dieser wird uns voraussichtlich nach dem Datum dieses Bestätigungsvermerks zur Verfügung gestellt.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Genossenschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Genossenschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Genossenschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Aufsichtsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutende Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Aufsichtsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Aufsichtsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir sind als zuständiger Prüfungsverband gesetzlicher Abschlussprüfer der Genossenschaft.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit unserer Berichterstattung an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO i. V. m. § 58 Abs. 3 GenG (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

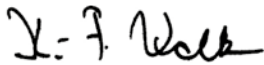
Bei uns beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht der geprüften Genossenschaft angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die geprüfte Genossenschaft bzw. für die von dieser beherrschten Unternehmen erbracht:

- Wertpapierdienstleistungs- und Depotprüfung nach § 36 Abs. 1 Satz 1 und 2 WpHG a.F.
- Bestätigungsleistungen im genossenschaftlichen Finanzverbund
- Schulungsveranstaltungen für Aufsichtsräte und Bankmitarbeiter
- Prüfung Zielerreichung Tantiemen Vorstand.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Mark Maetje.

Bonn, den 30.05.2018
Verband der PSD Banken e.V.



Dr. Walter
Wirtschaftsprüfer



Maetje
Wirtschaftsprüfer

Dieser Jahresabschluss wurde gemäß § 48 GenG in der Generalversammlung am 26. Juni 2018 festgestellt und die Ergebnisverwendung wie vorgeschlagen beschlossen.

BaFin - Instituts - Nummer: 101997

► Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG zum 31. Dezember 2017 ("Länderspezifische Berichterstattung")

Die PSD Bank Berlin-Brandenburg eG hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgenden Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Kreditgenossenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der PSD Bank Berlin-Brandenburg eG besteht darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privatkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die PSD Bank Berlin-Brandenburg eG definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2017 30.595 TEUR.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten zum Jahresende beträgt 129.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 18.497 TEUR.

Die Steuern auf Gewinn betragen 2.091 TEUR und betreffen ausschließlich laufende Steuern.

Die PSD Bank Berlin-Brandenburg eG hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

A. Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017 der PSD Bank Berlin-Brandenburg eG

I. Grundlagen der Bank

Unser Unternehmenszweck als regional tätige Genossenschaftsbank ist die Förderung unserer Mitglieder und Kunden. Eine kundenorientierte, langfristige und partnerschaftliche Beziehung zu Mitgliedern und Kunden stellt die Basis unserer Geschäftstätigkeit dar.

Das Geschäftsgebiet der Bank laut Satzung umfasst die Bundesländer Berlin und Brandenburg.

Wir fokussieren uns auf das standardisierte Privatkundengeschäft und ergänzen unser Geschäftsmodell um ertragsstärkende, ausgewählte Individualgeschäftsfelder. Dazu gehören z. B. Immobilienfinanzierungen für Freiberufler, Finanzierungen von Mietswohnhäusern und der sukzessive Aufbau eines bankeigenen Immobilienportfolios mit überwiegend wohnwirtschaftlichem Verwendungszweck.

Wir differenzieren uns am Markt als beratende Direktbank mit persönlichem Kontakt durch:

- attraktive, marktgerechte Konditionen,
- individuelles Serviceangebot mit guter Servicequalität,
- schnelle, unkomplizierte Prozesse,
- einfache und verständliche Produkte,
- Fairness, Sicherheit, Glaubwürdigkeit und Kontinuität,
- kompetente, kunden- und wertorientierte Mitarbeiter.

Als Multikanalbank bieten wir unseren Kunden alle Zugangswege bedarfsgerecht an. Aufträge können persönlich im Beratungszentrum am Firmensitz in Berlin-Friedenau, per Internet, Telefon oder Brief sowie über mobile Finanzberater unserer Kooperationspartner beim Kunden zu Hause erteilt werden.

Unsere hauseigene Produktpalette wird durch ausgewählte Angebote unserer genossenschaftlichen Verbundpartner (z. B. Union Investment, Bausparkasse Schwäbisch Hall, R+V Versicherungen, DZ Bank) ergänzt.

Unsere Schwerpunkte in der Marktbearbeitung setzen wir auf die Kundenbindung und die Erhöhung der Produktnutzungsquote. Zusätzlich möchten wir aktiv neue Kunden gewinnen. Das Empfehlungsgeschäft hat hierbei eine große Bedeutung. Durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit innerhalb ausgewählter Zielgruppen wollen wir den Bekanntheitsgrad nachhaltig erhöhen und unser Image positiv beeinflussen.

Die Gesamtbanksteuerung und das Eigengeschäft der Bank werden an der nachhaltigen Sicherstellung einer soliden Risikotragfähigkeit und Liquidität ausgerichtet.

II. Wirtschaftsbericht

II.1 Entwicklung der Gesamtwirtschaft

II.1.1 Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

Aufschwung gewinnt an Dynamik

Der bereits seit dem Jahr 2013 andauernde Konjunkturaufschwung in Deutschland schritt in 2017 weiter voran und führte erneut zu einem überdurchschnittlichen gesamtwirtschaftlichen Wachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) legte nach ersten amtlichen Schätzungen gegenüber dem Vorjahr um 2,2 Prozent zu und expandierte damit noch etwas stärker als 2016 (+ 1,9 Prozent).

Der wichtigste Treiber des gesamtwirtschaftlichen Wachstums waren 2017 die Exporte gefolgt von den Konsumausgaben. Die Exporte der deutschen Wirtschaft expandierten mit + 4,7 Prozent stärker als im Vorjahr (+ 2,6 Prozent). Maßgeblich hierfür waren vor allem die Warenausfuhren in die Partnerländer des Euroraums, die im Zuge der konjunkturellen Festigung deutlich zunahmen. Die Ausfuhren in die USA wurden durch die Aufwertung des Euro-Wechselkurses gedämpft. Das Geschäft mit dem Vereinigten Königreich entwickelte sich angesichts des angekündigten harten EU-Ausstiegs eher schwach. Der Wachstumsbeitrag der Exporte stieg 2017 auf 2,2 Prozent (Vorjahr: 1,2 Prozent). Da neben den Exporten auch die Importe nach Deutschland zunahmen (+ 5,1 Prozent), trug der Außenhandel als Ganzes rechnerisch aber nur mit 0,2 Prozentpunkten zum Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion bei. Der private Konsum stieg preisbereinigt um 1,9 Prozent (Vorjahr: 2,1 Prozent). Die Konsumausgaben des Staates stiegen mit 1,6 Prozent schwächer als im Vorjahr (3,7 Prozent). Der Wachstumsbeitrag der gesamten Konsumausgaben 2017 ist gegenüber dem Vorjahr um 0,5 auf 1,3 Prozentpunkte gefallen. Die Bruttoanlageinvestitionen stiegen 2017 um 3,3 Prozent (Vorjahr: 3,1 Prozent) mit einem Anteil von 0,7 Prozent (Vorjahr: 0,6 Prozent) am BIP-Wachstum.

Beschäftigungsaufbau hält an

Am Arbeitsmarkt setzten sich die günstigen Trends der Vorjahre fort. Die Anzahl der erwerbstätigen Menschen mit inländischem Arbeitsort stieg im Vorjahresvergleich um 653.000 auf rund 44,3 Millionen. Wichtigster Motor des Arbeitskräftezuwachses war weiterhin der Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten. Demgegenüber war die Zahl der Arbeitnehmer, die ausschließlich einen Minijob ausüben, und die Zahl der Selbstständigen erneut rückläufig. Die Arbeitslosenzahl sank gegenüber dem Vorjahr um ca. 0,2 auf etwa 2,5 Millionen Menschen. Die Arbeitslosenquote nahm im Vorjahresvergleich um 0,4 Prozentpunkte auf 5,7 Prozent ab und befand sich damit auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung.

Inflationsrate bleibt unter 2 Prozent

Im Jahresdurchschnitt legten die Verbraucherpreise um 1,8 Prozent zu, nach nur 0,5 Prozent 2016. Zu Jahresbeginn stieg die Inflationsrate zeitweise um über 2 Prozent. Preistreibend wirkten dabei insbesondere der Wegfall der entlastenden Wirkung des Ölpreyrückgangs vom Winterhalbjahr 2015/2016 sowie die im Zuge schwacher Ernten in Südeuropa zunehmenden Nahrungsmittelpreise. Ab dem Frühsommer sorgten dann die Aufwertung des Euro-Wechselkurses gegenüber dem US-Dollar über verbilligte Importe und die zeitweise abnehmenden Ölpreise für einen Rückgang der Inflationsrate.

Staat mit Rekordüberschuss

Der öffentliche Gesamthaushalt erzielte 2017 das vierte Jahr in Folge einen Finanzierungsüberschuss. Zwar kam es aufgrund der expansiv ausgerichteten Finanzpolitik und der vom Bundesverfassungsgericht verlangten Rückzahlung der Kernbrennstoffsteuer zu erheblichen Haushaltsbelastungen. Diese Belastungen konnten jedoch durch weiterhin kräftig sprudelnde Steuer- und Beitragseinnahmen sowie Einsparungen bei den Zinsausgaben mehr als ausgeglichen werden. Vor diesem Hintergrund schloss die öffentliche Hand das Jahr mit einem Überschuss von 36,6 Milliarden Euro ab, was 1,1 Prozent des BIP entsprach. Der Finanzierungsüberschuss fiel damit absolut gesehen so stark aus wie noch nie seit der deutschen Wiedervereinigung. Der Schuldenstand des Staates verminderte sich in Relation zum BIP gegenüber dem Vorjahr von 68,1 auf rund 65 Prozent.

II.1.2 Finanzmärkte

Positive Stimmung an den Finanzmärkten 2017

Nach Jahren politischer wie auch wirtschaftlicher Unsicherheit besserte sich 2017 die Stimmung an den Finanzmärkten nachhaltig. Grund hierfür war in erster Linie die Rückkehr eines robusten Wirtschaftswachstums sowohl im Euroraum als auch in den USA. Für Zuversicht sorgte dabei vor allem das Wachstum im Euroraum. 2017 expandierten nicht nur die Volkswirtschaften der Kern- sondern auch der Peripherie-Staaten des Währungsraumes. Die Verunsicherung an den Finanzmärkten im Zuge der Trump-Präsidentschaft oder der schwierig verlaufenden Brexit-Verhandlungen hielten sich demgegenüber in Grenzen. Auch konnten die kriegerischen Konflikte im Nahen Osten und die angespannte Lage zwischen Nordkorea und seinen direkten Nachbarstaaten die Stimmung an den Finanzmärkten nicht nachträglich dämpfen. Zum Ende des Jahres sorgte noch die rasante Aufwertung der Digitalwährung Bitcoin und anderer Kryptowährungen für Aufsehen. Binnen Jahresfrist vervielfachte sich der Bitcoin-Kurs von 998 auf 14.156 US-Dollar je Bitcoin. Treiber dieser Entwicklung dürften Spekulationen auf weitere Kurssteigerungen gewesen sein.

Aggressivität der ultra-lockeren Geldpolitik der EZB geht leicht zurück

Die Europäische Zentralbank EZB hat 2017 an ihrem extrem expansiven Kurs festgehalten. Die europäischen Notenbanker beließen die Leitzinsen für den Euroraum unverändert auf historisch niedrigstem Niveau. So blieb der EZB-Hauptrefinanzierungssatz für die Finanzinstitute des Euroraumes bei 0,0 Prozent und der Einlagensatz mit -0,4 Prozent im negativen Bereich. Darüber hinaus setzte die EZB ihr Anleiheaufkaufprogramm fort. So kaufte die europäische Notenbank bis einschließlich März im Rahmen ihres Asset Purchase Programs (APP) monatlich Wertpapiere im Wert von 80 Mrd. Euro. Wie vom EZB-Rat im Dezember 2016 beschlossen, wurde das Aufkaufprogramm bis Ende 2017 verlängert, allerdings zu einem niedrigeren monatlichen Aufkaufvolumen in Höhe von 60 Mrd. Euro. Die EZB begründete ihr Festhalten am ausgesprochen expansiven geldpolitischen Kurs mit der anhaltend schwachen Dynamik bei den Verbraucherpreisen und der noch nicht ausreichend guten konjunkturellen Entwicklung im Euroraum. Vor dem Hintergrund des im Jahresverlauf anziehenden Aufschwungs beschloss der EZB-Rat im Oktober 2017 zwar wieder eine Verlängerung des Anleiheaufkaufprogramms bis mindestens September 2018, dies allerdings zu einem ab Januar 2018 erneut verringerten monatlichen Kaufvolumen von 30 Mrd. Euro.

Fortschreitende Normalisierung der US-Geldpolitik 2017

Die US-amerikanische Zentralbank Fed hat 2017 die zinspolitische Wende weiter vorangetrieben. Die Notenbanker erhöhten den Zielkorridor für den US-Leitzins sukzessive in drei Schritten um jeweils 0,25 Prozentpunkte auf 1,25 bis 1,5 Prozent. Zudem begann die US-Notenbank ab dem vierten Quartal behutsam mit der Reduzierung ihrer durch die Anleiheaufkäufe auf 4,5 Billionen US-Dollar angewachsenen Bilanz. Der für die geldpolitischen Entscheidungen zuständige Offenmarktausschuss der Fed begründete die Schritte zur weiteren Normalisierung der US-Geldpolitik mit der guten konjunkturellen Lage in den Vereinigten Staaten. So sank die Arbeitslosenquote 2017 weiter um über einen halben Prozentpunkt auf 4,1 Prozent, den niedrigsten Stand seit dem Jahr 2000. Die US-Inflationsrate blieb mit weniger als 2 Prozent unterdurchschnittlich. Aus diesem Grund fiel die Normalisierung der Geldpolitik auch nicht schärfer aus.

Bundesanleiherenditen leicht gestiegen

Die Renditen von Bundesanleihen sind im vergangenen Jahr moderat gestiegen. Auf Jahressicht stieg die Rendite zehnjähriger Bundeswertpapiere um 22 Basispunkte auf 0,42 Prozent. Die Renditen zwei- und fünfjähriger Bundesanleihen stiegen ähnlich stark, blieben mit -0,63 und -0,20 Prozent zum Jahresresultimo im negativen Bereich. Ausschlaggebend für das Renditeplus bei Bundesanleihen waren angepasste geldpolitische Erwartungen im Zuge des konjunkturellen Aufschwunges im Euroraum. Ab Jahresmitte setzte sich an den Kapitalmärkten die Auffassung durch, dass die EZB eher eine Normalisierung als eine weitere Lockerung ihrer Geldpolitik anstrebe. Angesichts der sich spürbar bessernden konjunkturellen Lage im Euroraum engten sich auch die Renditespreads der Euro-Staaten zu Bundeswertpapieren ein. Insbesondere für Staatsanleihen aus Portugal und Griechenland ergaben sich auf Jahressicht deutliche Renditerückgänge. Darüber hinaus trieb die geldpolitische Normalisierung in den USA in Verbindung mit steigenden Renditen vor allem kurzlaufender US-Staatsanleihen auch die Renditen von Bundesanleihen. So stieg die Rendite von zweijährigen US-Treasuries im Jahresverlauf um 69 Basispunkte auf 1,89 Prozent. Zehnjährige US-Treasuries notierten mit einem Jahresendwert von 2,41 Prozent hingegen nahe ihrem Vorjahresresultimo. Grund hierfür war unter anderem, dass die Normalisierung der US-Geldpolitik bereits 2016 in den längerfristig laufenden Staatsanleihen eingepreist worden war.

Aufschwung im Währungsraum stützt Euro

Der Euro hat 2017 deutlich aufgewertet. Der Euro-Dollar Kurs notierte zum Jahresresultimo bei 1,19 US-Dollar, 14 US-Cent mehr als Ende 2016. Der Anstieg des Euro gegenüber dem US-Dollar vollzog sich vor allem im zweiten und dritten Quartal 2017. Die europäische Gemeinschaftswährung profitierte 2017 vom robusten konjunkturellen Aufschwung und den veränderten geldpolitischen Erwartungen im Währungsraum. An den Devisenmärkten verstärkte sich die Erwartung, dass die EZB ihre ultra-lockere Geldpolitik nicht weiter lockern, sondern eine behutsame Normalisierung der Geldpolitik initiieren werde. Darüber hinaus stützte den Euro die Stabilisierung der politischen Verhältnisse in Frankreich mit dem überparteilichen Emmanuel Macron als neuem französischen Präsidenten. Macrons klares Bekenntnis zum Euro stärkte das Vertrauen der Investoren in den Währungsraum. Profitieren konnte der Euro auch von der Schwäche des US-Dollars, der unter den politischen Unsicherheiten während der Trump-Präsidentschaft zu leiden hatte. Die Straffung der geldpolitischen Zügel in den USA fiel im vergangenen Jahr weniger stark ins Gewicht als noch 2016.

DAX auf neuem Allzeithoch

2017 war ein gutes Jahr für die Aktienmärkte. Dies- wie jenseits des Atlantiks legten die Kurse an den Börsen spürbar zu. Ab Mitte April 2017 stieg der DAX innerhalb weniger Wochen um rund 1.000 Punkte auf knapp unter 13.000 Zähler. Grund hierfür war ein gestärktes Vertrauen in die Wirtschaft Deutschlands aber auch des gesamten Euroraumes, nachdem bereits wichtige Wirtschaftsindikatoren auf ein stärkeres Wachstum hingewiesen hatten. Im Hochsommer gab der deutsche Leitindex fast seine gesamten zuvor angesammelten Kursgewinne wieder ab. Das lag zum einen am erstarrenden Euro. Viele Investoren fürchteten, der höhere Außenwert des Euro werde die Konjunktur in Deutschland und dem Euroraum dämpfen. Zum anderen verunsicherte die Krise in der Automobilindustrie im Zuge des Diesel-Skandals viele Investoren. Erst im Herbst marschierte der DAX wieder in Richtung 13.000-Punkte-Marke. Sein Jahreshoch von 13.478 Zählern markierte der DAX am 3. November 2017. Getrieben wurde dieser fulminante Anstieg erneut von einem wieder zunehmenden Konjunkturoptimismus. Das hohe Niveau konnte der DAX zwar nicht lange halten. Gleichwohl beendete der Deutsche Aktienindex das Jahr 2017 mit 12.918 Punkten auf einem deutlich höheren Niveau als zum Vorjahresresultimo. Insgesamt belief sich das Jahresplus auf 12,5 Prozent.

II.2 Geschäftsverlauf der PSD Bank Berlin-Brandenburg eG

Das Geschäftsjahr 2017 verlief für unsere Bank wieder erfolgreich. Der ausgewiesene Jahresüberschuss beträgt wie im Vorjahr 2.304 TEUR.

Unter weiterhin schwierigen finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen konnte unsere Bank ihre Marktstellung ausbauen.

Abweichungen zu den im Vorjahr getroffenen Prognosen ergaben sich durch eine geringfügig höhere Bestandszunahme der Kundeneinlagen und ein etwas geringeres Wachstum der klassischen Kundenkredite.

Im Wesentlichen über die moderate Zunahme an Kundeneinlagen ist auch die Bilanzsumme moderat um 1,85 Prozent auf 1.825 Mio. EUR gestiegen. An der strategischen Zielsetzung, den bilanziellen Anteil des klassischen Kundenkreditgeschäfts in den folgenden Jahren weiter auszubauen sowie die Eigenanlagen mittel- bis langfristig weiter abzubauen, wird unverändert festgehalten.

Im Einzelnen zeigt sich folgendes Bild:

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung	
	TEUR		TEUR	%
Bilanzsumme	1.825.485	1.792.265	+ 33.220	1,9
Außerbilanzielle Geschäfte	682.679	795.701	- 113.022	14,2

Die außerbilanziellen Geschäfte setzen sich aus Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 123 TEUR (Bürgschaften), aus anderen Verpflichtungen (unwiderrufliche Kreditzusagen) in Höhe von 68.557 TEUR und derivativen Geschäften in Höhe von nominell 614.000 TEUR zusammen. Die Reduzierung der außerbilanziellen Geschäfte ist im Wesentlichen auf die Fälligkeiten von Zinsfloors über nominell 85.000 TEUR zur Absicherung gegen fallende bzw. niedrige Marktzinsen zurückzuführen.

Aktivgeschäft	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung	
	TEUR		TEUR	%
Kundenforderungen	1.111.213	1.060.553	+ 50.660	4,8
Wertpapiere	580.067	601.500	- 21.433	3,6
Forderungen an Kreditinstitute	80.942	82.270	- 1.328	1,6

Das fortgesetzte Wachstum der Kundenforderungen profitierte wie schon im Vorjahr vom sehr niedrigen Zinsniveau, einer weiterhin hohen Nachfrage nach eigenem Wohnraum und von besonderen Vertriebsereignissen bei der Erweiterung bzw. dem Ausbau des Individualgeschäfts (z. B. mit Privatinvestoren und Wohnungsbaugenossenschaften).

Die Reduzierung der Wertpapiere trägt dem strategiekonformen Abbau der Eigenanlagen Rechnung.

Passivgeschäft	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung	
	TEUR		TEUR	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	297.784	302.921	- 5.137	1,7
Spareinlagen von Kunden	446.846	499.282	- 52.436	10,5
andere Einlagen von Kunden	900.735	829.685	+ 71.050	8,6

Im schwierigen Umfeld sehr niedriger Marktzinsen und eines intensiven Wettbewerbs erhöhten sich die Kundeneinlagen einschließlich nachrangiger Verbindlichkeiten im Berichtsjahr um insgesamt 20,4 Mio. EUR (1,5 Prozent). Trotz rückläufiger Einlagenverzinsung ergeben sich weiterhin Vorteile gegenüber entsprechenden Konditionen der meisten Filialbanken.

Die Zinsentwicklung am Geld- und Kapitalmarkt ließ die Kunden weiterhin vor allem kurzfristige Anlageformen nachfragen. Davon profitierten insbesondere die variabel verzinslichen PSD Giro- und Sparkonten, während sich der Bestand festverzinslicher Geldanlagen (v. a. PSD SparBrief und PSD WachstumsSparen) weiter reduzierte.

Dienstleistungsgeschäft	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung	
	TEUR		TEUR	%
Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften	241	235	+ 6	2,6
andere Vermittlungserträge	939	823	+ 116	14,1
Erträge aus Zahlungsverkehr	655	544	+ 111	20,4

Die erhöhten Erträge aus dem Zahlungsverkehr sind auf die schrittweise Einführung eines Preismodells für Girokonten zurückzuführen. Die Steigerung der anderen Vermittlungserträge konnte durch eine verbesserte Vertriebsleistung erzielt werden.

Investitionen

Im Mittelpunkt der Investitionen im Berichtsjahr stand die weitere technische Ausstattung und Modernisierung der Bank.

Personal- und Sozialbereich

Über die personelle Besetzung geben folgende Zahlen Aufschluss:

	Berichtsjahr	Vorjahr
Beschäftigte insgesamt	140,5	134,8
davon Teilzeitbeschäftigte	34,3	35,0
davon Auszubildende	1,5	3,0

Wesentliche Gründe für die Erhöhung der Beschäftigtenzahl sind gestiegene aufsichtsrechtliche Anforderungen sowie Bestandserhöhungen und Geschäftsfelderweiterungen im Kundenkreditgeschäft.

Die Mitarbeiter werden überwiegend nach den tariflichen Vereinbarungen entlohnt. Die betrieblichen Sozialleistungen der Bank bewegen sich im üblichen Rahmen.

Die Aus- und Fortbildung erfolgt auf der Grundlage einer schriftlich fixierten Personalentwicklungsplanung. Um den erhöhten Anforderungen gerecht zu werden, nutzen wir regelmäßig externe Fortbildungen und führen interne Schulungsmaßnahmen durch.

Weitere nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Belange des Umweltschutzes

Die Umweltschutzbedingungen wurden eingehalten.

Entwicklung des Kundenstammes

Unser Kundenkreis besteht aus Mitgliedern (gemäß unserer Satzung) und Nichtmitgliedern. Unser Gesamtkundenbestand hat sich leicht auf 81.096 reduziert.

Gesellschaftliche Reputation

Die Zweckerträge aus dem PSD Gewinnsparen spenden wir gemeinnützigen und sozialen Einrichtungen.

Sonstige wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr war durch keine außergewöhnlichen Vorgänge gekennzeichnet.

II.3 Darstellung der Lage der PSD Bank Berlin-Brandenburg eG

II.3.1 Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten unserer Bank haben sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt entwickelt:

Gewinn- und Verlustrechnung	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung	
			TEUR	%
Zinsüberschuss ¹⁾	21.085	24.388	- 3.303	13,5
laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	7.218	4.790	+ 2.428	50,7
Provisionsüberschuss ²⁾	- 195	- 858	+ 663	77,3
Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwendungen	9.365	8.224	+ 1.141	13,9
b) andere Verwaltungsaufwendungen	7.683	7.419	+ 264	3,6
Bewertungsergebnis ³⁾	6.769	- 2.466	+ 9.235	374,5
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	18.497	10.131	+ 8.366	82,6
Steueraufwand	2.093	2.527	- 434	17,2
Jahresüberschuss	2.304	2.304	-	-

¹⁾ GuV-Posten 1 abzüglich GuV-Posten 2

²⁾ GuV-Posten 5 abzüglich GuV-Posten 6

³⁾ GuV-Posten 13–16

Der kumulierte Ergebnisbeitrag aus dem Zinsüberschuss wurde durch folgende Entwicklungen im Vergleich zum Vorjahr wesentlich beeinflusst:

- Reduzierung der Zinserträge aus Kundenkrediten um 2.430 auf 33.400 TEUR,
- Erhöhung der Zins- und laufenden Erträge aus den Eigenanlagen um 1.236 auf 14.771 TEUR,
- Erhöhung der außerordentlichen Zinsaufwendungen aus ergebnissteuernden Vorsorgemaßnahmen um 1.075 auf 6.930 TEUR,
- Verringerung der Zinsaufwendungen für Kundeneinlagen um 2.279 TEUR auf 4.907 TEUR,
- Verringerung des saldierten ordentlichen Ergebnisbeitrags aus Zinsderivaten um 1.143 auf -3.279 TEUR,
- Rückgang des ordentlichen Zinsaufwands aus Refinanzierungen um 206 auf 3.543 TEUR.

Im Zuge der ab 01.01.2018 in Kraft tretenden Investmentsteuerreform wurden 2017 steuerliche Reserven aus dem bedeutendsten Spezialfonds im Umfang von ca. 2 Mio. EUR gehoben. Die Ausschüttung sämtlicher thesaurierter, bereits versteuerter ordentlicher Erträge aus früheren Geschäftsjahren i. H. v. ca. 5,9 Mio. EUR führten jedoch zu einem vollständigen Abbau der noch vorhandenen Kursreserven im Spezialfonds. Das führte im Vergleich zur

ursprünglich geplanten Ausschüttung der ordentlichen Nettoerträge des laufenden Fondsgeschäftsjahres zu einer Steigerung des Vor- bzw. Nachsteuerergebnisses 2017 um ca. 2,4 bzw. 3,5 Mio. EUR. Die erhöhten Ergebnisbeiträge wurden für ergänzende ergebnissteuernde Vorsorgemaßnahmen und die verstärkte Bildung von Vorsorgereserven verwendet.

Folgende ergebnissteuernde Vorsorgemaßnahmen wurden im Jahr 2017 vorgenommen:

- Zahlung von Vorfälligkeitsentgelten in Form von außerordentlichen Zinsaufwendungen in Höhe von 6.191 TEUR aus der vorzeitigen Rückzahlung mehrerer Refinanzierungsdarlehen mit vergleichsweise hohen zukünftigen Zahlungsverpflichtungen,
- Ausgleichszahlung in Form einer außerordentlichen Zinsaufwendung in Höhe von 739 TEUR aus der vorzeitigen Auflösung eines Zinssicherungsgeschäftes (Zinsswap) mit vergleichsweise hohen zukünftigen Zahlungsverpflichtungen.

Vorrangiges Ziel dieser Vorsorgemaßnahmen ist die Unterstützung der Ergebnisentwicklung in den Folgejahren.

Der deutlich erhöhte Personalaufwand hat im Wesentlichen folgende Gründe:

- gestiegene Anzahl der Beschäftigten 2016 und 2017, insbesondere in den Fachbereichen Informationstechnologie, Organisationsentwicklung und Banksteuerung, für die Geschäftsfelderweiterung des Kundenkreditgeschäfts und den begonnenen Aufbau eines bankeigenen Immobilienmanagements,
- allgemeine Gehaltssteigerungen.

Die Aufwands-/Ertrags-Relation (Cost-Income-Ratio CIR) hat sich von 56,2 auf 60,1 Prozent erhöht. Wesentliche Gründe hierfür sind der gestiegene Verwaltungsaufwand und die erhöhten ergebnissteuernden Vorsorgemaßnahmen.

Das 2017 deutlich verbesserte Bewertungsergebnis ist im Wesentlichen auf die folgenden zwei Faktoren zurückzuführen:

- Zur Stärkung der (harten) Kernkapitalquote wurden stille bereits versteuerte Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB (Ergänzungskapital) im Umfang 8 Mio. EUR in den Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB (hartes Kernkapital) umgewidmet.
- Das negative Bewertungsergebnis aus den Eigenanlagen hat sich um 1.393 auf - 878 TEUR reduziert. Wesentliche Marktfaktoren waren die im Jahresverlauf gefallen bonitäts- und liquiditätsabhängigen Renditeaufschläge (Spreads) bei zahlreichen Unternehmen und Banken. Zur Ertrags-/Risiko-Optimierung wurden darüber hinaus vermehrt Umschichtungen im selbstverwalteten Wertpapierportfolio vorgenommen, die zu erhöhten realisierten Kursgewinnen führten.

Das im Vorjahresvergleich um 8.366 auf 18.497 TEUR deutlich erhöhte Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit wird im Wesentlichen durch das außerordentlich hohe positive Bewertungsergebnis bestimmt. Der dennoch um 434 auf 2.093 TEUR reduzierte Steueraufwand ist vor allem auf die Umwidmung der bereits versteuerten Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB in den Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB und die Hebung der steuerlichen Reserven aus dem Spezialfonds zurückzuführen (s. o.).

Trotz des deutlich erhöhten Ergebnisses aus der normalen Geschäftstätigkeit wird im Vergleich zum Vorjahr ein unveränderter Jahresüberschuss nach Steuern ausgewiesen. Wesentliche Gründe hierfür sind die deutliche Aufstockung des Fonds für allgemeine Bankrisiken um 14.100 TEUR, davon 8.000 EUR aus der Umwidmung von Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB (s. o.) und die um 800 auf 6.100 TEUR erhöhte Neudotierung zur Stärkung vor allem des aufsichtsrechtlichen Kernkapitals.

II.3.2 Finanz- und Liquiditätslage

Aufgrund einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge war die Zahlungsfähigkeit im Berichtsjahr 2017 jederzeit gegeben.

Die aufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen, Mindestreservebestimmungen und Vorgaben der Liquiditätsverordnung (LiqV) sowie der Capital Requirements Regulation (CRR, deutsch: Kapitaladäquanzverordnung) wurden zu jeder Zeit eingehalten. Bei Bedarf standen ergänzende Refinanzierungsmöglichkeiten des genossenschaftlichen Verbundes sowie der EZB jederzeit zur Verfügung. Die Liquiditätskennzahl gemäß LiqV lag im Berichtsjahr deutlich oberhalb der aufsichtsrechtlichen Mindestgröße von 1,0 (Stand per 31.12.2017: 2,93). Die Liquidity Coverage Ratio (LCR) gemäß CRR notierte im Jahresverlauf sicher oberhalb der Mindestvorgabe von 80 Prozent (Stand per 31.12.2017: 155 Prozent) mit ausreichendem Freiraum für die Ausweitung des Bankgeschäfts im Rahmen der strategischen Planung. Weitere Ausführungen finden sich unter IV.2.3 Liquiditätsrisiken.

Von den Entwicklungen an den Interbank- und Kapitalmärkten ist unsere Genossenschaft in ihrer Finanz- und Liquiditätslage nicht maßgeblich betroffen. Die vom Interbankengeschäft weitgehend unabhängige Refinanzierungsstruktur wird von privaten Kundeneinlagen getragen.

Das Angebot der Deutschen Bundesbank, Refinanzierungsgeschäfte in Form von Offenmarktgeschäften (Hauptrefinanzierungsgeschäfte) abzuschließen, wurde genutzt. Übernachtkredite (Spitzenrefinanzierungsfazilität) wurden nicht in Anspruch genommen.

Die eingeräumte Kreditlinie der DZ Bank AG haben wir im Jahresverlauf nicht in Anspruch genommen.

Mit einer Beeinträchtigung der Liquiditätslage ist auch in den folgenden Jahren nicht zu rechnen.

Bis zur Erstellung des Lageberichts liegen keine Umstände vor, die die Liquiditätslage der Bank nachteilig verändern könnten.

II.3.3 Vermögenslage

Eigenkapital

Das bilanzielle Eigenkapital stellt sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

Eigenkapital	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Gezeichnetes Kapital	36.009	32.098	+ 3.911	12,2
Rücklagen	69.000	67.900	+ 1.100	1,6

Die Bank verfügt über eine angemessene Eigenkapitalausstattung. Sie entspricht den Anforderungen und erlaubt darüber hinaus das in den nächsten Jahren geplante Wachstum im Kundenkreditgeschäft. Die weitere Stärkung der Eigenmittelausstattung ist ein vorrangiges Ziel der Geschäftspolitik.

Durch die Aufstockung des Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB, die Dotierung von Rücklagen aus dem Jahresüberschuss und einen deutlichen Ausbau der Geschäftsguthaben unserer Mitglieder konnte das Eigenkapital weiter gestärkt werden.

Neben den Geschäftsguthaben (gezeichnetes Kapital) und den Rücklagen bestehen:

- ein Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB in Höhe von 40.700 TEUR (Vorjahr: 26.600 TEUR) in Form von aufsichtsrechtlichem Kernkapital und
- Vorsorgereserven nach § 340f HGB in Höhe von 5.112 TEUR (Vorjahr: 13.094 TEUR) in Form von aufsichtsrechtlichem Ergänzungskapital.

Die Kernkapitalquote und die harte Kernkapitalquote belaufen sich auf 13,3 Prozent und sind gegenüber dem Vorjahr (12,9 Prozent) angestiegen. Auch die Gesamtkapitalquote konnte auf 15,9 Prozent (Vorjahr: 15,1 Prozent) gesteigert werden.

Die deutliche Stärkung der Eigenkapitalbasis konnte die strategiekonforme Zunahme der Risikoaktiva (wachsender Kundenkreditbestand, Ausbau der Eigenanlagen mit erhöhten Bonitätsgewichten, Erwerb zusätzlicher Eigenanlagen aus zinsgünstigen Refinanzierungsquellen) deutlich überkompensieren.

Die Kern- und Gesamtkapitalquote liegen zum Jahresultimo 2017 deutlich über den aufsichtsrechtlich geforderten Mindestwerten von 7,25 und 9,25 Prozent (jeweils inklusive Kapitalerhaltungspuffer von 1,25 Prozent).

Aufgrund des nur moderaten Anstiegs der Bilanzsumme im Vergleich zur deutlichen Stärkung der bilanziellen Eigenmittel hat sich deren Quote in Relation zur Bilanzsumme auf 5,8 Prozent (Vorjahr: 5,6 Prozent) erhöht.

In der Folge konnte auch die wirtschaftliche Eigenkapitalquote unter Anrechnung der stillen und offenen Vorsorgereserven gemäß § 340f/g HGB deutlich auf 8,3 Prozent (Vorjahr: 7,9 Prozent) gesteigert werden.

Die Kapitalrendite gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG [Quotient aus Nettogewinn (Anmerkung: Nettogewinn = Jahresüberschuss nach Steuern) und Bilanzsumme] beläuft sich auf unverändert 0,13 Prozent.

Wesentliche Aktiv- und Passivstrukturen

Kundenforderungen

Die Kundenforderungen (Aktiva 4) an Mitglieder und Nichtmitglieder sind 2017 um 50,7 Mio. EUR (+ 4,8 Prozent) gewachsen und repräsentieren einen Anteil an der Bilanzsumme von 60,9 Prozent (2016: 59,2 Prozent). Kommalkredite sind unverändert nicht im Bestand. Die Neupositionierung in Schuldscheindarlehen von Unternehmen hat mit 10,0 Mio. EUR und die Auflösung von Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB mit 8,0 Mio. EUR zum bilanziellen Wachstum der Kundenforderungen beigetragen.

Das Bruttokundenkreditvolumen (Aktiva 4 sowie Position 1 unter dem Bilanzstrich) entfällt im Wesentlichen auf Privatkunden.

Konzentrationen in einzelnen Branchen sind nicht vorhanden.

Der Schwerpunkt der Kundenfinanzierungen liegt in den mittleren Größenklassen von 100 bis 500 TEUR. Die Größenklassengliederung ist ausgewogen.

Im Kundenkreditgeschäft bestehen keine besonderen strukturellen Risiken und Risikokonzentrationen.

Akute Risiken im Kreditgeschäft sind in voller Höhe durch Einzelwertberichtigungen abgesichert.

Latente Risiken sind adäquat durch Vorsorgereserven abgedeckt.

Die Kreditgrenzen gem. KWG bzw. CRR sowie die festgelegten Kreditbeschränkungen nach § 49 GenG wurden im Berichtszeitraum stets eingehalten.

Wertpapiere

Die Wertpapieranlagen unserer Bank setzen sich wie folgt zusammen:

Wertpapiere	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Anlagevermögen	513.786	522.177	- 8.391	1,6
Liquiditätsreserve	66.281	79.322	- 13.041	16,4

Die Wertpapieranlagen haben insgesamt einen Anteil von 31,8 Prozent an der Bilanzsumme. 18,1 Prozentpunkte entfallen auf Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie 13,7 Prozentpunkte auf andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (Spezial- und Publikumsfonds).

Die Wertpapieranlagen sind nahezu ausschließlich in EUR denominiert und weisen durchgängig sehr gute bzw. gute Emissions- bzw. Emittenten-Ratings (Investment Grade) auf. Sieben Investmentfonds mit jeweils relativ geringem Investitionsvolumen und einem aktuellen Gesamtbuchwert von 30,3 Mio. EUR dürfen auch Fremdwährungspositionen erwerben. Die Fremdwährungsrisiken in den Fonds werden begrenzt oder weitgehend abgesichert.

Auf die Wertpapieranlagen mit einem Gesamtvolumen von 580,1 Mio. EUR entfallen 228,3 Mio. EUR oder 39,4 Prozent auf Inhaberschuldverschreibungen ausländischer Emittenten.

Für unsere Wertpapieranlagen unterhalten wir zur Vorbeugung bzw. Begrenzung von Konzentrationsrisiken ein System von volumenorientierten Marktpartner- und Struktur-Limiten sowie buch- bzw. kurswertorientierte Risikolimiten.

Die in relativ geringem Umfang vorhandenen strukturierten Finanzinstrumente (z. B. Min-Floater) wurden als einheitliche Vermögensgegenstände nach den allgemeinen Grundsätzen bilanziert und bewertet, da die eingebetteten Derivate im Vergleich zum Basisinstrument keine grundsätzlich andere Risikoart sowie keine wesentlich erhöhten Risiken bzw. Chancen aufweisen.

Alle Wertpapiere der Liquiditätsreserve sowie alle dem Anlagevermögen zugeordneten Wertpapiere, inklusive der Fondsvermögen, wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Derivategeschäfte

Bezüglich des Umfangs an derivativen Geschäften wird auf den Anhang verwiesen.

Die Derivate werden in die verlustfreie Bewertung des Zinsbuches einbezogen.

II.3.4 Mitgliedschaft in der Sicherungseinrichtung des BVR

Unsere Genossenschaft ist der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. (BVR) angeschlossen, die aus dem Garantiefonds und dem Garantieverbund besteht.

Durch diese Mitgliedschaft werden die Kundeneinlagen über die gesetzliche Einlagensicherung hinaus unbegrenzt von der Sicherungseinrichtung geschützt und genießen ein Höchstmaß an Sicherheit.

II.4 Zusammenfassende Beurteilung des Geschäftsverlaufs und der Lage

Unsere Bank verfügt über eine solide Finanz- und Vermögenslage. Die Anforderungen an das Eigenkapital und die Liquidität wurden jederzeit eingehalten. Die Risikotragfähigkeit war stets gegeben.

Die Ertragslage ist zufriedenstellend.

Die Entwicklung der Bank wurde 2017 maßgeblich vom anhaltenden Wettbewerbsdruck im Privatkundengeschäft und von der nochmals verstärkten Niedrigzinsphase beeinflusst. Insbesondere die Geschäftsaktivitäten von Direktbanken sowie in- und ausländischen Privatbanken stellen hohe Anforderungen an die Produkt- und Konditionspolitik. Die voranschreitende Digitalisierung und das zunehmende Angebot von Finanzdienstleistungen durch Nichtbanken v. a. über das Internet setzen das klassische Bankgeschäft unter Druck.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ist unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung als geordnet zu bezeichnen.

III. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres (Nachtragsbericht)

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

IV. Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht)

IV.1 Risikomanagementsystem

IV.1.1 Ziele und Strategien

Das Risikomanagement ist für uns eine zentrale Aufgabe und an dem Grundsatz ausgerichtet, die mit der Geschäftstätigkeit verbundenen Risiken frühzeitig zu erkennen, vollständig zu erfassen und in angemessener Weise auch über den Bilanzstichtag hinaus darzustellen.

Die ordnungsgemäße Organisation sowie die wesentlichen Elemente des Risikomanagements obliegen dem Vorstand.

Die Einbindung des Risikomanagements in das Gesamtbanksteuerungssystem dient zugleich der Erkennung und Nutzung von Chancenpotenzialen. Die bewusste Übernahme, aktive Steuerung und gezielte Transformation von Risiken gehören zu den Kernfunktionen der Bank.

Die Ausgestaltung des Risikomanagements wird bestimmt durch unsere Unternehmensstrategie mit integrierten Geschäfts- und Risikoteilstrategien. Daraus abgeleitete strategische Ziele und Maßnahmen dienen u. a. der nachhaltigen Gewährleistung der Risikotragfähigkeit unserer Bank.

Die Strategie sowie die strategischen Ziele und Maßnahmen werden im Rahmen eines angemessenen Strategieprozesses regelmäßig überprüft und ggf. angepasst.

Für Zwecke der Beurteilung sind die strategischen Ziele so formuliert, dass eine sinnvolle Überprüfung der Zielerreichung möglich ist.

IV.1.2 Verfahren zur Identifikation, Bewertung, Steuerung und Überwachung von Risiken

Die Bank verfügt über ein angemessenes System zur Identifikation, Bewertung, Steuerung und Überwachung aller wesentlichen Risiken, welches in die Gesamtbankplanung und -steuerung integriert ist.

Die Identifikation, Quantifizierung, Limitierung und Überwachung der Risiken erfolgt grundsätzlich durch das Risikocontrolling als unabhängige Risikoüberwachungseinheit. Die Steuerung der Risiken erfolgt über verschiedene Steuerungsgremien unter Beteiligung des Vorstands und des Leiters Risikocontrolling.

Die angewandten Methoden und Verfahren zur Risikomessung und -steuerung sowie die ihnen zugrundeliegenden Parameter bzw. Annahmen werden kontinuierlich weiterentwickelt und regelmäßig an die Anforderungen der Bank und die aktuellen Marktgegebenheiten angepasst.

Identifikation

Grundlage für ein erfolgreiches Risikomanagement ist die systematische Erfassung und Analyse aller für die Bank wesentlichen Risiken.

Im Allgemeinen definieren wir als Risiko die negative Abweichung eines potenziellen Ergebnisses oder Vermögenswerts vom erwarteten bzw. sicheren Ergebnis oder Vermögenswert aufgrund von Unsicherheit.

Im Rahmen der regelmäßigen Risikoinventur identifizieren, quantifizieren, beurteilen und dokumentieren wir Risiken, die unsere Vermögens- (inklusive Kapitalausstattung), Ertrags- oder Liquiditätslage wesentlich beeinträchtigen können, sowie die mit ihnen verbundenen Risikokonzentrationen auf Gesamtinstitutsebene.

Bewertung

Im Rahmen der Risikobeurteilung erfolgt die qualitative Einstufung der Risikoarten in die aufsichtsrechtlichen Kategorien „wesentliches Risiko“ bzw. „unwesentliches Risiko“, ggf. unter Angabe von Risikokonzentrationen.

Folgende Risikoarten gelten gemäß den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) für unsere Bank als wesentlich und werden in der Unternehmensstrategie bzw. in den integrierten Geschäfts- bzw. Risikostrategien behandelt:

- Adressenausfallrisiken,
- Marktpreisrisiken,
- Immobilienrisiken,
- Liquiditätsrisiken,
- operationelle Risiken.

Die Risikoermittlung und -darstellung erfolgt grundsätzlich anhand eines dualen Risikotragfähigkeitskonzepts: primär handelsrechtlich-periodisch, das heißt GuV-orientiert, und ergänzend barwertig.

Die einzelnen Risiken nach Risikoarten, Portfolios oder Geschäftsarten werden anhand verschiedener Risikoszenarien regelmäßig ermittelt und individuellen Risikolimiten gegenübergestellt (Limitauslastung). Das über alle relevanten Risiken aggregierte Gesamtbankrisiko wird für alternative Szenarien korrespondierenden Risikolimiten bzw. -budgets gegenübergestellt (Gesamtbanklimit- und -budgetauslastung).

Die Liquiditätsrisiken werden über spezielle Liquiditätsszenarien abgebildet.

Aufgrund der soliden Liquiditätsausstattung der Bank unter Einbindung in den genossenschaftlichen Finanz- und Liquiditätsverbund werden die Liquiditätsrisiken nicht im dualen Risikotragfähigkeitskonzept angerechnet.

Bei der Risikoquantifizierung kommen je nach Risikoart unterschiedliche Messverfahren zur Anwendung (z. B. historische Simulationen, Szenario- und Sensitivitätsanalysen oder Expertenschätzungen). Dabei werden anerkannte EDV-Instrumente und -Verfahren eingesetzt, die den gesetzlichen sowie bankinternen Grundsätzen entsprechen.

Neben den wesentlichen Risikoarten gemäß MaRisk gilt bei uns das strategische Risiko als wesentlich. Diese übergeordnete Risikoart quantifiziert sich in Form der weiteren wesentlichen Risikoarten, weshalb keine separate Berücksichtigung im dualen Risikotragfähigkeitskonzept erfolgt.

Steuerung und Überwachung

Die Ergebnisse der Risikoidentifizierung und -bewertung werden im Risikohandbuch dokumentiert.

Die identifizierten Risiken werden, abhängig von der Bedeutung für die Bank, in geeigneter Weise laufend überwacht und gesteuert.

In verschiedenen Steuerungsgremien werden die konkreten Ziele und Maßnahmen zur Steuerung der Risiken festgelegt und überwacht.

Unsere Risikosteuerung zielt nicht auf die vollständige Risikovermeidung, sondern vielmehr auf eine zielkonforme und systematische Risikohandhabung ab.

Grundlage der Risikosteuerung sind unsere im Rahmen der strategischen Unternehmensplanung festgelegten Geschäfts- und Risikostrategien, die hieraus abgeleiteten Zielgrößen/Plandaten sowie die duale (GuV-orientierte und barwertige) Risikotragfähigkeit der Bank.

Die Entwicklung unserer Bank steuern wir mit Hilfe von Limitsystemen sowie Kennzahlen im Rahmen einer Balanced Scorecard (BSC) und einem daraus abgeleiteten Ziel- und Maßnahmen-system. U. a. kommen folgende Zielgrößen zur Anwendung:

- bilanzwirksame Volumenziele,
- Aufwands-, Ertrags- und Ergebnisziele,
- Ziele zur Risikobegrenzung bzw. -steuerung.

Die zur Risikobegrenzung bzw. -steuerung eingesetzten Risikobudgets/-limite werden unter Berücksichtigung von Risikopuffern aus den maximalen dualen Risikodeckungsmassen (Ergebnis- und Vermögenskomponenten nach Abzug des benötigten Mindestgewinns und des aufsichtsrechtlich gebundenen Eigenkapitals) abgeleitet. Freie, d. h. nicht für Limite genutzte Risikobudgetanteile, stehen für die Abdeckung erhöhter bzw. schwer oder nicht quantifizierbarer Risiken zur Verfügung. Die Gesamtbanklimite werden unter Beachtung der strategischen Ausrichtung der Bank, der Erwartungen für die Zukunft und vorhandener Risikokonzentrationen auf die einzelnen Risikoarten, Portfolios oder Geschäftsarten allokiert.

Limitauslastungen und ggf. -überschreitungen ziehen je nach Größenordnung unterschiedliche Maßnahmen nach sich. So kann beispielsweise bei einer zu geringen Limitauslastung das Limit reduziert oder das Risiko und damit regelmäßig der Ertragsanspruch erhöht werden. Bei einer zu hohen Limitauslastung bzw. -überschreitung werden die Ursachen analysiert und ggf. Maßnahmen zur Risikoreduzierung eingeleitet oder unter Gewährleistung der Risikotragfähigkeit eine Limiterhöhung beschlossen.

Die Funktionsfähigkeit der zur Risikoabsicherung bzw. -minderung getroffenen Maßnahmen wird laufend überwacht und bedarfsorientiert angepasst.

Zusätzlich zur Betrachtung des aktuellen Geschäftsjahres wird eine Betrachtung der Risikotragfähigkeit über den nächsten Bilanzstichtag hinaus mindestens auf Sicht eines Jahres durchgeführt. Insbesondere das ergänzende barwertige Risikotragfähigkeitskonzept dient dabei als Risikofrühwarnsystem.

Zur Steuerung von Risikokonzentrationen finden neben dem dualen Risikotragfähigkeitskonzept weitere Limitsysteme Anwendung. Dazu gehören beispielsweise Volumenlimite für einzelne Kreditnehmer bzw. Kreditnehmereinheiten und Strukturlimite nach Vermögensklassen, Anlageregionen und Branchen auf Portfolioebene.

Die für die Risikosteuerung relevanten Daten werden zu einem internen Berichtswesen aufbereitet und verdichtet.

Die Informationsweitergabe erfolgt entweder im Rahmen einer regelmäßigen Risikoberichterstattung oder in Form einer Ad-hoc-Berichterstattung an Vorstand und Aufsichtsrat.

Der Vorstand erhält in regelmäßigen Abständen Berichte über die aktuelle Risikolage und -entwicklung. Der Aufsichtsrat wird regelmäßig vierteljährlich durch den Vorstand informiert. Darüber hinaus können bei Bedarf jederzeit ergänzende Auswertungen zu sämtlichen Risikoarten erstellt werden.

Die Berichterstattung beinhaltet neben den Auswertungen und Kennzahlen (z. B. Auslastung der Risikolimites/-budgets) auch verbale Erläuterungen und Einschätzungen der Risikosituation.

Bestandteil der Internen Kontrollverfahren ist neben der Internen Revision das Interne Kontrollsystem, das wiederum Regelungen zur Aufbau- und Ablauforganisation und geeignete Risikosteuerungs- und Risikocontrollingprozesse umfasst.

Im Rahmen der Organisation erfolgt eine konsequente Trennung zwischen Handels- und Nichthandels- bzw. Markt-

und Marktfolgebereichen sowohl innerhalb der Aufbau- als auch der Ablauforganisation, so dass die Funktionsfähigkeit des Internen Kontrollsystems gewährleistet ist.

Die Funktionsfähigkeit und Angemessenheit der Risikocontrolling- und Risikomanagement-Aktivitäten wird durch die Interne Revision geprüft.

IV.1.3 Stresstests

Die von uns angewandten Stresstests berücksichtigen die wesentlichen Risikofaktoren, Risikokonzentrationen und ggf. Diversifikationseffekte.

Die Stresstests beinhalten Sensitivitäts- bzw. Szenarioanalysen und umfassen sowohl historische Szenarien für unterschiedliche Konfidenzniveaus (Eintrittswahrscheinlichkeiten) als auch hypothetische Stressannahmen.

Neben normalen Stressszenarien werden auch Stresstests für einen schweren konjunkturellen Abschwung und unter Worst-Case-Bedingungen vorgenommen.

Mit Hilfe sogenannter inverser Stresstests ermitteln und analysieren wir für besonders kritische Risikofaktoren die Grenzen der Risikotragfähigkeit.

Neben den regelmäßig durchgeführten Stresstests sind bei Änderungen der Rahmenbedingungen auch anlassbezogene Stresstests vorgesehen.

Die Ergebnisse der Stresstests werden kritisch analysiert und hinsichtlich eines möglichen Handlungsbedarfs reflektiert.

IV.2 Risikokategorien

Im Folgenden werden die für die Risikomessung und -steuerung relevanten wesentlichen Risikoarten gemäß MaRisk näher betrachtet.

IV.2.1 Adressenausfallrisiken

Unter Adressrisiken verstehen wir die Gefahr, dass Verluste oder entgangene Gewinne aufgrund von Ausfall oder Wertminderung von Vermögenspositionen infolge nicht vorhersehbarer Verschlechterungen der Bonität der betreffenden Geschäftspartner (Kreditnehmer, Emittenten/Kontrahenten) entstehen können.

Die für unsere Bank relevanten Adressrisiken umfassen das Kreditrisiko (inkl. Ratingmigrationsrisiken) im klassischen Kundenkreditgeschäft und das Emittenten-/Kontrahentenrisiko (inkl. Spread- und Ratingmigrationsrisiken) sowie das Länder- und Branchenrisiko im Eigengeschäft.

Kreditrisiken

Die Überwachung der Kreditrisiken aus dem klassischen Kundenkreditgeschäft nach den Grundsätzen und Leitlinien der Kreditpolitik des Vorstands ist überwiegend im Bereich Marktfolge-Aktiv angesiedelt. Die Risikomessung erfolgt in Zusammenarbeit der Bereiche Marktfolge-Aktiv und Banksteuerung-Controlling. Gemeinsam erstellen sie regelmäßig den Adressrisikobericht und überwachen die Auslastung der Risikolimits im Rahmen des dualen Risikotragfähigkeitskonzepts. Weitere Kennziffern und Auswertungen geben Auskunft über die Verteilung des Bestandsvolumens und des Neugeschäfts nach Größenklassen, Sicherheiten, Blankoanteilen und weiteren Risikokriterien. Die Steuerung der Kreditrisiken findet im Kreditsteuerungsausschuss statt.

Zur Berechnung und Überwachung der Adressrisiken kommt auf Basis eines im genossenschaftlichen Finanzverbund standardisierten Ratingsystems und ergänzender Scoring-Verfahren ein Simulationsmodell auf Value-at-Risk-(VaR)-Basis für alternative Konfidenzniveaus und Risikoparameter zum Einsatz.

Im Rahmen der Kreditgewährung nehmen wir regelmäßig Sicherheiten herein. Ihren Wert setzen wir im Rahmen unserer Risikobetrachtungen nur in Höhe eines realistischen Rückflusses im Falle einer erforderlichen Verwertung an.

Ein spezialisiertes Kundenbetreuungsteam nimmt die intensive Betreuung problembehafteter Engagements, ggf. unter Verwertung der Sicherheiten und Abwicklung der gekündigten Kredite, vor. Bei Krediten mit einem akuten Ausfallrisiko wird eine Einzelwertberichtigung der Forderung auf den niedrigeren beizulegenden Wert unter Berücksichtigung der Sicherungswerte bzw. der begründeten Realisationswerte vorgenommen.

Uneinbringliche Forderungen werden abgeschrieben.

Für latente Risiken werden Pauschalwertberichtigungen gebildet.

Unsere Risikostruktur im Kundenkreditgeschäft ist unverändert gut. Unser Kreditportfolio besteht überwiegend aus hypothekarisch besicherten privaten Baufinanzierungen für wohnwirtschaftliche Verwendungszwecke.

Abgesehen von der regionalen Fokussierung auf das Geschäftsgebiet sind keine besonderen Risikokonzentrationen im Kundenkreditgeschäft erkennbar. Insbesondere aufgrund der hohen Portfoliogrularität in Verbindung mit den geltenden Kredit- bzw. Beleihungsrichtlinien bei einer regelmäßigen Besicherung von Baufinanzierungen mit Grundpfandrechten ist das Adressrisiko aus dem Kundenkreditgeschäft in Relation zum Gesamtbankrisiko und gemessen am Geschäftsvolumen relativ gering.

Kontrahenten- und Emittentenrisiken

Den Emittenten- und Kontrahentenrisiken der Eigenanlagen und ggf. weiterer risikorelevanter Geschäftspositionen (z. B. Wertpapierleihen, Zinsderivate mit positivem Marktwert) begegnen wir grundsätzlich durch eine Beschränkung auf Marktpartner und Geschäftspositionen mit guter Bonität (keine Neuengagements mit Ratings außerhalb Investment Grade).

Für die Identifizierung, Beurteilung und Überwachung der Risiken greifen wir unter anderem auf die Ratingergebnisse von aufsichtsrechtlich anerkannten Ratingagenturen und Researchmaterial mit Bonitätseinschätzungen überwiegend von der DZ Bank AG zurück, insbesondere im Rahmen eigener Kreditbeurteilungen für selbstverwaltete Eigengeschäfte. Vor allem die Entwicklung externer Ratings sowie die Veränderung bonitäts- bzw. liquiditätsabhängiger Renditeaufschläge (Spreads) kommen dabei als Risikofrühindikatoren zum Einsatz. Bei Unterschreiten festgelegter Mindestratings werden die Risikopositionen einer besonderen fortlaufenden Betrachtung unterzogen.

Zur Vorbeugung bzw. Begrenzung von Konzentrationsrisiken aus unseren Eigenanlagen haben wir folgende Systeme risikobegrenzender Volumenlimite eingeführt:

- ein Marktpartner-Limit-System auf Ebene einzelner Geschäfts- bzw. Marktpartner (Emittenten und Kontrahenten) und deren Kreditnehmereinheiten und
- ein Struktur-Limit-System auf Portfolioebene nach Vermögensklassen, Anlageregionen und Branchen.

Weiteres zentrales Steuerungselement für das Adressrisiko aus zinsabhängigen Eigengeschäften ist ein marktwertorientiertes Simulationsmodell auf VaR-Basis zur Berechnung von insbesondere rating- und spreadabhängigen Adressrisiken für alternative Konfidenzniveaus und Risikoparameter. Die ermittelten Risikowerte werden den definierten Risikobudgets bzw. -limiten gegenübergestellt.

Sämtliche Limite werden durch den Bereich Banksteuerung-Controlling überwacht und regelmäßig überprüft. Die Steuerung der Adressrisiken aus dem Eigengeschäft erfolgt im Steuerungs- und Anlageausschuss.

Trotz Erhöhung der Portfolioanteile an Unternehmens- und Bankanleihen mit Triple-B-Ratings ist die Bonitätsstruktur der Eigenanlagen nach wie vor gut. Alle Risikopositionen weisen externe Ratings im Bereich Investment Grade auf. Hauptrisikofaktor im Eigengeschäft ist die im Vergleich zum Kundenkreditgeschäft deutlich geringere Portfoliogranelarität mit Risikokonzentrationen bei einzelnen Marktpartnern und Kreditnehmereinheiten.

Das Adressrisiko aus dem Eigengeschäft ist unverändert die bedeutendste Risikoart auf Gesamtbankebene. Zentrale Ziele des Risikomanagements sind deshalb die risikobewusste Steuerung bzw. Begrenzung des Adressrisikos, insbesondere die Vorbeugung, Vermeidung oder ggf. der Abbau vorhandener Risikokonzentrationen. Wesentliche Maßnahmen hierfür sind der schrittweise Umbau der Bilanzstruktur durch den fortgesetzten Ausbau des Kundenkreditgeschäfts und der Abbau bzw. die Begrenzung der Eigenanlagen in Verbindung mit einer Erhöhung der Portfoliogranelarität bzw. einer stärkeren Diversifikation in unterschiedlichen Vermögensklassen.

Länder- und Branchenrisiken

Länder- und Branchenrisiken sind insgesamt von geringerer Bedeutung. Konzentrationen mit erhöhten Länder- und Branchenrisiken waren 2017 nach unserer Einschätzung nicht zu verzeichnen.

Beteiligungsrisiko

Das Beteiligungsrisiko als spezielles Adressrisiko aus eingegangenen Beteiligungen repräsentiert potenzielle Verluste aus bereitgestelltem Eigenkapital, aus Ergebnisabführungen oder aus Haftungsrisiken. Unsere strategisch motivierten Beteiligungen erstrecken sich ausschließlich auf Institutionen des genossenschaftlichen Finanzverbands.

Unsere strategischen Verbundbeteiligungen haben 2017 unverändert einen Gesamtbuchwert von 29,2 Mio. EUR. Das als wesentlich eingestufte Beteiligungsrisiko ermitteln wir über ein einheitliches, einfaches Verfahren pauschaler Bewertungsabschläge, die aus verfügbaren Marktwertschwankungen abgeleitet werden. Das Verfahren basiert auf Empfehlungen und Informationen des Genossenschaftsverbands Bayern e. V. (GVB) und des BVR. Vorhandene stille Reserven werden handelsrechtlich risikomindernd berücksichtigt.

IV.2.2 Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken werden definiert als Gefahr von negativen Ergebnisabweichungen oder Vermögensschäden aufgrund unerwarteter Änderungen von Marktparametern (Zinsstrukturkurve, Aktienkurse, Devisenkurse).

Die Marktpreisrisiken werden vom Bereich Banksteuerung-Controlling überwacht und über den Steuerungs- und Anlageausschuss gesteuert.

Im Rahmen des Risikomanagements der Marktpreisrisiken betrachten wir die für unsere Bank wesentlichen Zinsänderungs- und Aktienkursrisiken regelmäßig ohne risikoreduzierende Diversifikationseffekte zwischen diesen unterschiedlichen Risikokategorien.

Zinsänderungsrisiko

Das Zinsänderungsrisiko ist für die Bank die überragende duale Marktpreisrisikokategorie.

Handelsrechtlich-periodisch ist zwischen dem mehrjährigen Zinsergebnis- bzw. -überschussrisiko auf Basis zukunftsorientiert festgelegter Mischungsverhältnisse und dem Kurswert- bzw. Abschreibungsrisiko von festverzinslichen Wertpa-

pieren jeweils unter alternativen Zinsentwicklungsszenarien zu unterscheiden. Zur Quantifizierung der Auswirkungen auf die GuV werden die geplante Geschäftsstrukturentwicklung sowie der handelsrechtlich zu bewertende Wertpapierbestand alternativen Zinsbegrenzungs- und Drehungsszenarien ausgesetzt.

Das barwertige Zinsänderungsrisiko zeigt den potenziellen Wertverlust der zinsabhängigen Geschäftspositionen (Zinsbuch) aus historischen Marktzinsveränderungen für alternative Risikoparameter (Konfidenz, Haltedauer, Datenhistorie). Für die nicht zinsreferenzierten variablen Positionen hat die Bank Ablaufkitionen auf der Grundlage gleitender Durchschnitte ermittelt.

Das Zinsergebnis-/überschussrisiko und das barwertige Zinsänderungsrisiko sind auf Inkongruenzen zwischen aktiven und passiven Festzinspositionen zurückzuführen.

Zur Steuerung der Zinsänderungsrisiken auf Gesamtbankebene setzen wir auch derivative Zinssicherungsinstrumente ein. Im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung haben wir Swaps, Caps und Floors abgeschlossen.

Sonstige Marktpreisrisiken

Aktienkursrisiken besitzen eine vergleichsweise geringe Bedeutung. Zum Bilanzstichtag waren Aktien-Investmentfonds in Höhe von 3,9 Mio. EUR im Bestand. Das entsprechende Aktienkursrisiko wird auf Basis von aggregierten VaR-Kennzahlen der Fondsgesellschaften oder mittels separater VaR-Verfahren ermittelt.

Immobilienmarktpreisrisiken aus Fondsanlagen erlangen eine zunehmende Bedeutung. Zum Bilanzstichtag befinden sich Immobilienfonds mit einem Buchwert von 25,4 Mio. EUR im Bestand. Verbindlich gezeichnete Fondsanteile im Wert von 2,9 Mio. EUR wurden noch nicht abgerufen. Das mit den Fondsanlagen verbundene Immobilienmarktpreisrisiko wird aus aggregierten VaR-Kennzahlen der Fondsgesellschaft abgeleitet.

Zur weiteren Differenzierung der Vermögensanlagen und der Stärkung zinsunabhängiger Erträge haben wir 2016 Alternative Investments in den Anlageklassen Infrastruktur, Private Debt und Private Equity (Buyout) in Form von breit gestreuten Dachfondskonzepten im Umfang von insgesamt 26 Mio. EUR gezeichnet. Die sich daraus ergebende Kapitalbindung (Stand per 31.12.2017: 3,6 Mio. EUR) wird sich schrittweise über mehrere Jahre aufbauen.

Fremdwährungsrisiken besitzen auf Gesamtbankebene noch eine relativ geringe Bedeutung. Über die zunehmende Diversifizierung von Vermögensklassen in Form von Investmentfonds, teilweise mit Währungsanteilen, sind 2017 die Fremdwährungsrisiken auf niedrigem Niveau angestiegen. Sofern Währungsrisiken in Fondsmandaten nicht weitgehend abgesichert werden, erfolgt die Abbildung im Risikomanagement regelmäßig über aggregierte und ggf. bankspezifisch angepasste Risikokennzahlen der betreffenden Fondsgesellschaften.

Die sonstigen Marktpreisrisiken werden vom Bereich Banksteuerung-Controlling in enger Abstimmung mit dem Eigenhandel überwacht. Risikosteuerungsgremium ist der Steuerungs- und Anlageausschuss.

IV.2.3 Immobilienrisiken

Das Immobilienrisiko stellt das Risiko von Wertverlusten und/oder verminderter bzw. ausfallender laufender Ergebnisbeiträge aus Immobilienanlagen dar.

Die Messung der Immobilienrisiken differenzieren wir nach den Geschäftsaktivitäten der Bank wie folgt:

- aggregiertes Fonds(preis)risiko für Immobilienfonds im klassischen Eigengeschäft (vgl. Sonstige Marktpreisrisiken),
- Immobilienrisiken für bankeigene Immobilien.

Zur Messung und Beurteilung des Immobilienrisikos für bankeigene Immobilien differenzieren wir folgende Nutzungsarten:

- überwiegend selbstgenutztes Bankgebäude,
- überwiegend wohnwirtschaftlich fremdgenutzte Immobilien.

Zum Bilanzstichtag befinden sich bankeigene Immobilien mit einem Buchwert von 17,6 Mio. EUR im Bestand.

Mit Erreichen der barwertigen Wesentlichkeitsgrenze 2017 wurde das bankeigene Immobilienportfolio im barwertigen Risikotragfähigkeitskonzept berücksichtigt. Die Ermittlung der barwertigen Risikoauslastungswerte erfolgt auf Basis bankeigener Berechnungen, in Orientierung am Ertragswertverfahren und unter Variation verschiedener Eingangsparameter.

Aufgrund des noch unwesentlichen Ergebnis- und Bewertungsrisikos, insbesondere hinsichtlich des überwiegend selbstgenutzten Bankgebäudes, wird noch kein handelsrechtlich-periodisches Immobilienrisiko für bankeigene Immobilien ausgewiesen.

Die Immobilienrisiken des bankeigenen Immobilienportfolios werden vom Bereich Banksteuerung-Controlling in enger Abstimmung mit dem Immobilienmanagement überwacht. Risikosteuerungsgremium ist der Immobilienausschuss.

IV.2.4 Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko besteht in der Gefahr, dass die jederzeitige Zahlungsfähigkeit nicht gegeben ist, weil die benötigten liquiden Finanzmittel nicht ausreichend zur Verfügung stehen, um bestehende Zahlungsverpflichtungen vollständig zu bedienen. Das Liquiditätsrisiko umfasst das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne (Abruf- und Terminrisiko) sowie das Liquiditätsanspannungsrisiko.

Während das Abrufisiko die Gefahr darstellt, dass Kreditzusagen unerwartet in Anspruch genommen und/oder Einlagen unerwartet abgerufen werden, betrachtet das Terminrisiko die Gefahr nicht planmäßiger Verlängerungen der Kapitalbindungsdauer von Vermögensgegenständen.

Aufgrund des hochgranularen Einlagen- und Kreditgeschäfts mit Privatkunden hat das Abrufisiko für uns eine geringe Bedeutung.

Das Terminrisiko ist aufgrund des hochgranularen Kreditgeschäfts und der guten Diversifikation der Eigenanlagen mit Verteilung auf zahlreiche Emittenten und mehrere Kontrahenten (u. a. die DZ Bank AG als genossenschaftliche Zentralbank) ebenfalls von geringer Bedeutung.

Das Liquiditätsanspannungsrisiko, das auch als Refinanzierungsrisiko bezeichnet wird, repräsentiert die Gefahr, dass mangels ausreichender Marktliquidität Liquidationen erschwert werden und/oder erforderliche Anschlussrefinanzierungen nicht oder unter erschwerten Bedingungen durchgeführt werden können.

Das Liquiditätsanspannungsrisiko ist vor dem Hintergrund unseres Geschäftsmodells Bestandteil der strategischen Ausrichtung im Einlagen- und Kreditgeschäft. Durch die überwiegende Refinanzierung durch Kundeneinlagen und ergänzend bei Zentralbanken besitzt auch das Liquiditätsanspannungsrisiko für uns eine geringe Bedeutung. Insbesondere durch die Einbindung in den genossenschaftlichen Finanz- und Liquiditätsverbund bestehen ausreichende ergänzende Refinanzierungsmöglichkeiten, um unerwartete Zahlungsstromschwankungen auffangen zu können.

Die Liquiditätsrisiken werden vom Bereich Banksteuerung in enger Abstimmung mit dem Eigenhandel überwacht. Risikosteuerungsgremium ist der Steuerungs- und Anlageausschuss.

Die Steuerung der Liquidität bzw. des Liquiditätsrisikos erfolgte bis Ende 2017 anhand der aufsichtlichen Liquiditätskennzahlen gemäß LiqV nebst bankspezifischen Liquiditätsstressszenarien und Liquidity Coverage Ratio (LCR) gemäß CRR nebst LCR-Vorschau.

Weder die aufsichtsrechtlichen Kennziffern selbst noch die Liquiditätsstressszenarien und die LCR-Vorschau lassen besondere Liquiditätsrisiken erkennen.

IV.2.5 Operationelle Risiken

Als operationelle Risiken definieren wir die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder aufgrund externer Einflüsse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken und kriminelle Handlungen mit ein.

Operationelle Risiken werden nach unserer derzeitigen Einschätzung die künftige Entwicklung unserer Bank nicht maßgeblich beeinträchtigen.

Wesentliche identifizierte operationelle Risiken werden in einer Schadensfalldatenbank erfasst. Auf Basis dieser Datenbank werden die Risiken jährlich analysiert und beurteilt. Die Schadensfälle und die Ergebnisse dieser Analyse werden in die Berichterstattung einbezogen.

Im dualen Risikotragfähigkeitskonzept werden die operationellen Risiken grundsätzlich in Anlehnung an den Basis-Indikator-Ansatz abgebildet.

Die Ableitung von Worst-Case-Szenarien für die operationellen Risiken erfolgt anhand von Expertenschätzungen.

Den operationellen Risiken begegnen wir mit verschiedenen Maßnahmen. Dazu zählen beispielsweise Arbeitsanweisungen, Notfallpläne, interne Kontrollsysteme oder der Einsatz von Informationssicherheits-, Compliance-, Datenschutz- und Geldwäschebeauftragten.

Versicherbare Gefahrenpotenziale, z. B. Diebstahl- und Betrugsrisiken, haben wir durch Versicherungsverträge in banküblichem Umfang abgesichert.

Dem Betriebsrisiko begegnen wir insbesondere mit laufenden Investitionen in neue DV-Systeme, vor allem über unser Rechenzentrum Fiducia & GAD IT AG, und der Optimierung der Arbeitsabläufe unter Einhaltung einer ausreichenden Funktionstrennung.

Dem Rechtsrisiko wird u. a. durch die Verwendung der im genossenschaftlichen Verbund entwickelten Formulare begegnet. Bei Rechtsstreitigkeiten schalten wir ggf. die Rechtsabteilung unseres Verbandes ein oder nehmen ergänzende juristische Hilfe in Anspruch.

Die Risikoüberwachung erfolgt in Zusammenarbeit des Risikomanagers für operationelle Risiken aus dem Bereich Beauftragtenwesen mit dem Bereich Banksteuerung-Controlling. Die Risikosteuerung erfolgt über den Risikoausschuss für operationelle und sonstige Risiken.

Über die Steuerung bzw. Minimierung der operationellen Risikokategorien hinaus prüft die Interne Revision regelmäßig die Systeme und Verfahren sowie die wesentlichen Arbeitsabläufe.

IV.3 Gesamtbild der Risikolage

Insgesamt verfügen wir über ein angemessenes und wirksames Risikomanagement im Sinne des § 25a Abs. 1 KWG. Unser umfassender Steuerungsansatz erlaubt sowohl die frühzeitige Identifizierung von Risiken, die wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben können, als auch die frühzeitige Einleitung von entspre-

chenden Gegenmaßnahmen. Die genutzten Verfahren zur Messung der Risiken werden der Art und dem Umfang des Geschäftsbetriebs gerecht und gewährleisten eine konsistente Ermittlung und Darstellung der Risiken.

Das Risikomanagementsystem wird kontinuierlich weiterentwickelt.

Im Geschäftsjahr 2017 war die Risikotragfähigkeit auf Gesamtbankebene unter den relevanten Stress-Szenarien jederzeit nachhaltig gegeben.

Entsprechend unserer Risikobereitschaft wird nur ein bestimmter Teil der Risikodeckungsmasse zur Absorption der Risiken in den alternativen Stress-Szenarien zur Verfügung gestellt. Damit stellen wir sicher, dass wir unseren Geschäftsbetrieb auch dann weiterführen können, wenn die von uns eingegangenen Risiken schlagend werden. Die folgende Tabelle zeigt die von uns präferierte handelsrechtlich-periodische Risikotragfähigkeit sowie ergänzend das limitierte barwertige Stress-Szenario per 31.12.2017:

Risikotragfähigkeit zum 31.12.2017 (Werte in Mio. EUR)	GuV-orientierte Sichtweise Konfidenz: 99 %, Mindestsolvabilität: 9,50 %	Barwertige Sichtweise Konfidenz: 99 %, Mindestsolvabilität: 9,50 %
Risikodeckungsmasse	81	108
bereitgestelltes Risikokapital	71	57
Marktpreisrisiko gesamt	21	5
davon Zinsänderungsrisiko	0	2
davon Risiko aus Eigenanlagen	21	3
Adressenausfallrisiken	23	25
davon aus Kundenkreditgeschäft	3	3
davon aus Eigenanlagen	20	22
operationelles Risiko	4	4
sonstige mit Risikodeckungsmasse unterlegte Risiken (Immobilienrisiko)	1	2
Risikopuffer	10	51
Anteil der Risiken an bereit gestelltem Risikokapital in %	69,97	62,50
Anteil Risiken an der Risikodeckungsmasse in %	61,12	32,82

Die Differenz zwischen Risikobudget und Gesamtsumme der vergebenen Risikolimiten stellt als freie, d. h. nicht limitierte, Risikodeckungsmasse den Risikopuffer oberhalb der aufsichtsrechtlichen Mindestsolvabilität in Höhe von 9,50 Prozent [8,00 Prozent Mindestgesamtkapitalquote gemäß CRR zzgl. 1,50 Prozent Kapitalzuschlag für weitere wesentliche Risiken gemäß SREP-Bescheid-Entwurf der BaFin gemäß dem bankaufsichtlichen Überprüfungs- und Überwachungsprozess (Supervisory Review and Evaluation Process, kurz: SREP)], d. h. nach Abzug der entsprechend gebundenen Eigenmittel, dar.

Durch die Basel-III-Anforderungen ergeben sich sukzessive steigende Eigenmittelanforderungen. Die Solvabilitätsanforderungen haben wir im Jahr 2017 jederzeit eingehalten (vgl. II.3.3 Vermögenslage > Eigenkapital). Unter Berücksichtigung von Änderungen sowie mit Blick auf die Ergebnisvorschau, die Vermögenssituation und die aktuelle Risikoentwicklung ist die Risikotragfähigkeit im Berichtszeitraum 2018 nach derzeitigem Stand nachhaltig gegeben.

Nach dem Bilanzstichtag sind bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses keine Sachverhalte eingetreten, die zu einer geänderten Einschätzung der Risikolage geführt haben.

V. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Die Prognosen, die sich auf die Entwicklung der PSD Bank Berlin-Brandenburg eG für die nächsten zwei Jahre beziehen, stellen Einschätzungen dar, die wir auf Basis der zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts zur Verfügung stehenden Informationen getroffen haben. Wir weisen darauf hin, dass sich die Prognosen durch die Veränderungen der zugrundeliegenden Annahmen als unzutreffend erweisen können.

Das geschäftliche Umfeld und die Entwicklung der PSD Bank Berlin-Brandenburg eG werden nach unseren Einschätzungen in den kommenden Jahren maßgeblich vom weiterhin niedrigen Zinsniveau im Euroraum, von einem unvermindert starken Wettbewerb mit hohem Margendruck bei Standardprodukten, sich weiter entwickelnden Kundenansprüchen und wachsenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen geprägt.

Insbesondere die unverändert negativen Geldmarktzinsen und extrem niedrigen Kapitalmarktzinsen als Folge der Zins- und Geldpolitik der EZB belasten die Ertragsvorschau der Folgejahre mit zunehmendem Zeithorizont. Weitere Ausführungen finden sich unter V.2.1 Betriebsergebnis vor Bewertung.

Durch die fortschreitende Digitalisierung und technische Weiterentwicklung sowie den anhaltenden Wettbewerbsdruck der Direkt- und Privatbanken und neuer internetbasierter Finanzdienstleister werden die Anforderungen an die Produktpalette und die Preispolitik weiter steigen. Im Mittelpunkt unserer Bemühungen stehen daher die Stärkung der Kundenbeziehungen durch kompetente Beratung zu marktgerechten Konditionen sowie schnelle und zuverlässige Bearbeitungsprozesse.

Die kundenbedarfsorientierte Ausrichtung unserer Vertriebs- und Serviceangebote sowie die permanente Qualifizierung der Mitarbeiter bilden weiterhin den geschäftspolitischen Schwerpunkt unseres Hauses.

Trotz der erwarteten Verschlechterung des Marktumfeldes vor allem infolge des Niedrigzinsniveaus sind wir insgesamt zuversichtlich, dass es uns wie in den Vorjahren gelingen wird, mit einem hohen Dienstleistungsanspruch und der konsequenten Fortführung bzw. Weiterentwicklung unseres genossenschaftlichen Geschäftsmodells die gesteckten Ziele auch in den kommenden zwei Jahren zu erreichen.

Aufgrund der guten Vermögenslage und der damit verbundenen soliden Risikotragfähigkeit sowie unserer regionalen Marktkenntnisse gehen wir davon aus, auch zukünftige Ertragschancen für unsere Mitglieder und Kunden nutzen zu können.

Die folgenden Ausführungen zur voraussichtlichen Entwicklung basieren im Wesentlichen auf der erwarteten Bilanz- und Ergebnisvorschau sowie den Berechnungen zur Risikotragfähigkeit.

V.1 Bilanzielle Entwicklung

V.1.1 Kundengeschäft

Insgesamt gehen wir von einem moderaten Wachstum im bilanziellen Kundengeschäft aus.

Kundenkredite

Für das Kundenkreditgeschäft mit dem Schwerpunkt Baufinanzierungen erwarten wir 2018 und 2019 ein Wachstum von ca. 4 Prozent bis 4,5 Prozent. Unsere Marktposition wollen wir durch kompetente Beratung, schnelle Prozesse und hohe Servicequalität weiter ausbauen. Der geplante Ausbau des Kreditbestandes wird vor allem durch das sehr niedrige Zinsniveau, die positive Lage am Arbeitsmarkt, den anhaltenden Zuzug nach Berlin und Umgebung und die daraus resultierend hohe Nachfrage nach Wohnraum unterstützt. Mit insgesamt steigendem Kundenkreditvolumen wird auch der Anteil von wohnwirtschaftlichen Immobilienfinanzierungen mit größeren Volumenabschnitten bzw. mehreren Wohneinheiten weiter zunehmen. Unter Adressenrisikogesichtspunkten trägt das fortgesetzte Wachstum des Kundenkreditgeschäftes zu einer positiven Entwicklung der Bilanzstruktur bei.

Kundeneinlagen

In Zeiten der Finanzkrise hat sich das Geschäftsmodell der Kreditgenossenschaften als zentraler Stabilitätsanker im deutschen Bankensystem erwiesen. Nach einem moderaten Volumenzuwachs 2017 gehen wir für die Kundeneinlagen bei anhaltend intensivem Wettbewerbsdruck von einem leicht wachsenden Bestandsvolumen in den Jahren 2018 und 2019 aus. Unsere Erwartung eines stabilen Einlagenvolumens trägt dem eher sicherheitsorientierten Sparverhalten unserer Kunden und den infolge der Niedrigzinsphase gleichzeitig reduzierten Renditeerwartungen zahlreicher anderer Vermögensanlagen Rechnung.

V.1.2 Eigengeschäft

Eigenanlagen

Mittel- bis langfristig streben wir den weiteren Abbau der Eigenanlagen an, um bei gleichzeitig wachsendem Kundenkreditgeschäft die Bilanzstruktur unter Risikogesichtspunkten weiter zu optimieren. Sich bietende Gelegenheiten zur ergänzenden Anlage in attraktive kurz- bis mittelfristige Vermögensgegenstände auf Basis zinsgünstiger Refinanzierungsformen wollen wir auch weiterhin nutzen. Am eingeschlagenen Kurs der schrittweisen Verbreiterung der Eigen-

anlagenallokation wollen wir festhalten. Mit Beimischung zinsunabhängiger Anlageformen (z. B. Immobilien, Aktien und Alternative Investment jeweils auf Fondsbasis) unterstützen wir die Risikostreuung bzw. die Granularität der Eigenanlagen. Im Rahmen von Spezial- und Publikumsfonds nutzen wir für ausgewählte Anleihe- und Vermögensklassen gezielt externe Expertise. Ein effizientes und professionelles Management der Eigenanlagen bei voller Transparenz ist in Erwartung einer weiterhin hohen Unsicherheit an den internationalen Finanzmärkten unverzichtbar. Der rückläufige, aber immer noch relativ hohe Bilanzanteil der kurswertnotierten Eigenanlagen besitzt ein erhebliches Bewertungsrisiko. Bonitätsverschlechterungen, Spreadausweitungen, aber auch alternative Risiken (z. B. Immobilienpreis- oder Aktienkursschwankungen) können zu erhöhten Abschreibungen bzw. Wertberichtigungen führen.

Der Erwerb von zwei schlüsselfertigen Wohnhäusern mit insgesamt 54 Wohnungen in Wildau nebst Grundstück im Gegenwert von ca. 9,5 Mio. EUR trägt zum vorsichtigen Aufbau eines bankeigenen Immobilienportfolios bei. Mit dem Schwerpunkt wohnwirtschaftliche Verwendung steht dabei eine langfristig orientierte Vermögensanlage zur Generierung nachhaltig positiver Ergebnisbeiträge für die GuV im Vordergrund.

Refinanzierungen

Mit der Prognose einer leicht steigenden Bilanzsumme auf Basis geringfügig wachsender Kundeneinlagen rechnen wir mit einem relativ stabilen Refinanzierungsvolumen. Zur Verringerung des Zinsaufwandes nutzen wir verstärkt Offenermarktgeschäfte mit der EZB sowie Bankdarlehen gegen Sicherungsübereignung von Wertpapieren (sog. REPOs). Über die Nutzung günstiger Refinanzierungsformen für attraktive Gegenanlagen könnte die Bilanzsumme zeitweise stärker steigen bzw. schwanken.

V.2 Ergebnisentwicklung

Auf Basis unserer aktuellen Vorschaurechnungen erwarten wir in den folgenden zwei Geschäftsjahren einen zufriedenstellenden Jahresüberschuss und einen Bilanzgewinn auf Vorjahresniveau.

V.2.1 Betriebsergebnis vor Bewertung

Zinsüberschuss und vergleichbare Erträge

Für die Ertragslage ist auch in den kommenden Jahren die Entwicklung des Zinsüberschusses bzw. der Zinsspanne von entscheidender Bedeutung. Nach unserer Ergebnisvorschaurechnung auf Basis der erwarteten Geschäftsstrukturentwicklung und konstanter Marktzinsen auf sehr niedrigem Niveau wird 2018 der kumulierte Ergebnisbeitrag aus dem Zinsüberschuss und den laufenden Erträgen aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren voraussichtlich moderat steigen und 2019 dann wieder auf ein vergleichbares Niveau wie 2017 fallen. Durch die vorzeitige Rückzahlung von Refinanzierungsdarlehen und die Auflösung eines Festzins-Zahler-Swaps mit vergleichsweise hohen Zahlungsverpflichtungen wurde das Zinsergebnis 2017 um insgesamt ca. 6,9 Mio. EUR geschmälert. Entsprechende Vorsorgemaßnahmen zur Entlastung des zukünftigen Zinsaufwandes, jedoch in deutlich geringerem Umfang, ziehen wir auch für 2018 in Erwägung. Die extrem niedrigen Marktzinsen können unter Vermeidung von negativen Einlagenzinsen nur noch in begrenztem Umfang an die Kunden weitergegeben werden. Gleichzeitig sinkt sukzessive die Durchschnittsverzinsung der Kundenkredite und Eigenanlagen. Eine flachere Zinsstruktur und neue Eigenmittelanforderungen für das Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch begrenzen das Ertragspotenzial aus positiver Fristentransformation. Mit Blick auf die historischen Niedrigzinsen in Verbindung mit der gestiegenen Risikoaversion bzgl. nachhaltig steigender Zinsen ist die Fristentransformation auf Gesamtbankebene gegenwärtig relativ gering ausgeprägt. Damit ist die Bank gut gegen steigende Marktzinsen abgesichert. Ein moderat höheres Zinsniveau bzw. eine steilere Zinsstrukturkurve bieten moderate Ertragschancen. Sollten die Marktzinsen noch weiter sinken und sich die Zinsstruktur weiter verflachen, wird die Zins- und Gesamtergebnisvorschau für die Folgejahre zusätzlich belastet.

Ein ausreichender und stabiler Zinsüberschuss steht deshalb im Mittelpunkt unserer Aktivitäten, allerdings unter Beachtung des nach unserer Einschätzung nicht mehr symmetrischen Chance-Risiko-Profiles bzgl. steigender oder fallender Marktzinsen. Handlungsspielräume bestehen unter Beachtung oben ausgeführter Einschränkungen in einem moderaten Ausbau der positiven Fristentransformation auf Gesamtbankebene, einer weiteren Absenkung der Einlagenzinsen und einer breiteren Vermögensallokation der Eigenanlagen zur Generierung zinsunabhängiger Erträge.

Provisionsüberschuss

Den noch geringfügig negativen Saldo des Provisionsergebnisses wollen wir in den nächsten zwei Jahren weiter abbauen. Durch den verstärkten Absatz von attraktiven Produkten ausgewählter Verbundpartner (z. B. Union Investment, R+V Versicherung) wollen wir die Provisionserträge sukzessive und nachhaltig stärken. Trotz gesunkener Provisionsaufwendungen 2017 infolge eines schwächeren standardisierten Kreditgeschäftes, insbesondere über internetbasierte Kreditplattformen, rechnen wir in den nächsten Jahren weiter mit einer Zunahme des vermittelten Baufinanzierungsgeschäfts, insbesondere bei individuellen Immobiliendarlehen (z. B. Mehrfamilienhäuser, Wohnungsbaugenossenschaften).

Verwaltungsaufwendungen

Bei den Personalkosten, ergänzt um die Aufwendungen für die vorübergehende Inanspruchnahme fremder Arbeitskräfte, rechnen wir nach der deutlichen Zunahme 2017 wieder mit moderateren Steigerungsraten zwischen 3 und 5 Prozent p. a. in den kommenden zwei Jahren. Hauptgründe für die weiter steigenden Kosten sind allgemeine Gehaltssteigerungen, individuelle Gehaltssteigerungen für bestehende Beschäftigungsverhältnisse und die weitere Qualifi-

kation unserer Mitarbeiter. Ein angespannter Arbeitsmarkt mit verstärktem Fachkräftemangel für höherqualifizierte Tätigkeiten in ausgewählten Fachbereichen (z. B. Informationstechnologie, Organisationsentwicklung, Meldewesen) bei gleichzeitig weiter steigenden prozessualen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen erhöht die Gefahr der Abwanderung und erschwert die Suche und Akquise von erfahrener Personal mit Spezialkenntnissen. Die Sicherung bestehender Arbeitsverhältnisse und die Einstellung neuer Mitarbeiter erfordern verstärkt Gehaltssteigerungen bzw. erhöhte Einstiegsgehälter mit entsprechenden Risiken für die zukünftige Entwicklung der Personalkosten. Vergleichbare personelle Herausforderungen stellen sich auch beim Auf- bzw. Ausbau junger bzw. neuer Geschäftsfelder (z. B. Individualkreditgeschäft, Immobilienmanagement).

Für die anderen Verwaltungsaufwendungen rechnen wir für 2018 und 2019 mit einem Anstieg zwischen 2 und 3 Prozent auf Sicht von zwei Jahren. Den allgemeinen Preissteigerungen, steigenden Kosten für Dienstleistungen unseres Rechenzentrums, steigenden Projekt- und Beratungskosten sowie erhöhten Beiträgen zur Sicherungseinrichtung des BVR wollen wir mit einem effektiven Kostenmanagement und Maßnahmen zur Kostenoptimierung begegnen.

V.2.2 Bewertungsergebnis

Kundenkredite

Die Risikovorsorge im klassischen Kreditgeschäft wird neben der weiteren konjunkturellen Entwicklung auch erheblich durch die regionale Wirtschaftsentwicklung beeinflusst. Die in den letzten Jahren sehr erfreuliche Entwicklung kann mit Blick auf die Unsicherheit zur wirtschaftlichen Entwicklung und die verfolgte Wachstumsstrategie mit steigendem Risikopotenzial trotz einer grundsätzlich vorsichtigen Kreditpolitik nicht ohne Weiteres in die Zukunft fortgeschrieben werden.

Bei stabiler bzw. positiver Entwicklung der Konjunktur und des Arbeitsmarktes in Deutschland und unserem Geschäftsgebiet erwarten wir eine moderat steigende, jedoch nach wie vor geringe Risikovorsorge im Kreditgeschäft.

Eigenanlagen

Aufgrund der durch die Investmentsteuerreform motivierten erhöhten Ertragsausschüttung 2017 und dem damit verbundenen Abbau der stillen Reserven eines Renten-Spezialfonds erwarten wir in den folgenden zwei Jahren erhöhte Abschreibungen aus Über-Pari-Kurswerten. In Abhängigkeit von der Bonitäts- bzw. Liquiditätsentwicklung bei einzelnen Emittenten oder Kontrahenten und der allgemeinen Zinsentwicklung kann es unter Berücksichtigung der erwarteten Abschreibungen oder Verluste auch zukünftig zu stärkeren Schwankungen des Bewertungsergebnisses kommen. Die Begrenzung bzw. Steuerung der Bewertungs- und Adressenausfallrisiken aus dem Eigengeschäft steht im Mittelpunkt des Risikomanagements.

Spezifische Risiken für das Bewertungsergebnis der Eigenanlagen sehen wir insbesondere im Falle einer Verschärfung der Finanz- und Schuldenkrise, bei zunehmendem politischen Protektionismus (z. B. mögliche Handelsbeschränkungen) und bei Eskalation verschiedener Konfliktherde (z. B. Ukraine, islamistischer Terror). Betroffen hiervon wäre vor allem das Eigengeschäft in Form von Spreadausweitungen, negativen Ratingtrends und einer möglichen Zunahme von Adressenausfallrisiken. Mit dem Ausbau zinsunabhängiger Eigenanlagen (z. B. Investmentfonds für Immobilien, Aktien und alternative Investments) steigen auch die Bewertungsrisiken aus anderen Marktpreisschwankungen.

V.3 Eigenkapital und Risikotragfähigkeit

Wir planen eine weitere Stärkung des Eigenkapitals durch die Dotierung von Rücklagen und des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB. Mit Blick auf die steigenden aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen wollen wir den seit 2015 verstärkten Ausbau der Geschäftsanteile auch 2018 und 2019 fortsetzen. Trotz aktuell guter Eigenkapitalquoten erfordern vor allem zunehmende institutsspezifische Kapitalanforderungen eine weitere Stärkung der Eigenkapitalbasis, sowohl in bilanzieller, wirtschaftlicher als auch aufsichtsrechtlicher Hinsicht.

Wir gehen davon aus, dass die erhöhten aufsichtlichen Eigenkapitalquoten in Relation zu den gewichteten Risikoaktiva solide erfüllt werden können. Die zum Jahresultimo 2017 für die Bank geltenden strengen Mindestquoten für das Gesamt- und Kernkapital belaufen sich auf 10,76 und 8,385 Prozent, inkl. dem neuen bankspezifischen SREP-Kapitalzuschlag für weitere wesentliche Risiken i. H. v. 1,50 und 1,125 Prozent und dem allgemeinen Kapitalerhaltungspuffer i. H. v. 1,25 und 1,25 Prozent. Aufgrund des bis 2019 weiter auf 2,50 Prozent steigenden Kapitalerhaltungspuffers werden die strengen Gesamt- und Kernkapitalquoten bis 2019 voraussichtlich auf 12,01 und 9,635 Prozent steigen. Ergänzend zu diesen strengen Kapitalanforderungen gilt für die Bank seit Dezember 2017 eine individuelle Eigenmittelzielkennziffer (kurz: Stresspuffer) i. H. v. 5,00 Prozent, die anteilig mit dem Kapitalerhaltungspuffer verrechnet werden kann. Die Eigenmittelzielkennziffer wurde auf Basis von Stresstests im Rahmen des institutsübergreifenden Auskunftsersuchens der Deutschen Bundesbank und der BaFin zur Ertragslage und Widerstandsfähigkeit deutscher Kreditinstitute im Niedrigzinsumfeld 2017 (kurz: NZU-Umfrage) ermittelt. Der den Kapitalerhaltungspuffer übersteigende Anteil des Stresspuffers muss zwar nicht, sollte aber nachhaltig als Gesamtkapitalanforderung eingehalten werden, um einer intensiveren Überwachung, ggf. unter Anwendung aufsichtlicher Maßnahmen nach 45 Abs. 1 KWG, vorzubeugen. Der erweiterte Mindestwert der Gesamtkapitalquote inklusive Stresspuffer beträgt aktuell 14,51 Prozent mit konstanter Erwartung bis 2019.

Mit aktuellen und geplanten Gesamt- und Kernkapitalquoten oberhalb von 15 und 13 Prozent können wir die dargestellten allgemeinen und bankindividuellen Eigenkapitalanforderungen solide erfüllen. Neben der präferierten Eigenkapital- bzw. Eigenmittelstärkung aus den jährlichen Ergebnisbeiträgen wollen wir die Geschäftsanteile, die als (hartes) Kernkapital gelten, und die nachrangigen Kundeneinlagen, die aufsichtliches Ergänzungskapital repräsentieren, weiter ausbauen.

Die solide Erfüllung der steigenden und stärker bankspezifischen Kapitalanforderungen sowie die nachhaltige Gewährleistung der Risikotragfähigkeit durch die zusätzliche Stärkung der Eigenkapitalbasis und eine laufende Optimierung der Risiko- und Ertragsstruktur/-allokation im Umfeld weiter zunehmender Regulatorik sind entscheidende Herausforderungen für eine erfolgreiche Weiterentwicklung unseres Geschäftsmodells.

V.4 Liquidität

Die aktuellen bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Liquiditätsausstattung insgesamt werden wir nach unserer Einschätzung auch 2018 und 2019 solide einhalten. Wir erwarten eine LCR gem. CRR von > 100 Prozent.

VI. Zweigniederlassungen

Es bestehen keine Zweigniederlassungen.

PSD Bank Berlin-Brandenburg eG
Der Vorstand



Grit Westermann



Jörg Wohlrab



Daniel Mohaupt

B. Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben erfüllt. Er nahm seine Überwachungsfunktion wahr und fasste die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Beschlüsse. Dies umfasste auch die Befassung mit der Prüfung nach § 53 GenG. Den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses hat der Aufsichtsrat geprüft und in Ordnung befunden. Der Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses entspricht den Vorschriften der Satzung.

Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat und die Ausschüsse des Aufsichtsrates in regelmäßig stattfindenden Sitzungen über die Geschäftsentwicklung, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie über besondere Ereignisse.

Der vorliegende Jahresabschluss 2017 mit Lagebericht wurde vom Verband der PSD Banken e. V. geprüft. Über das Prüfungsergebnis wird in der Generalversammlung berichtet.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Generalversammlung, den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss zum 31.12.2017 festzustellen und die vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses zu beschließen.



Joachim Rösemann
(Vorsitzender des Aufsichtsrats)

Berlin, den 30.05.2018

GEMEINSAM ZIELE ERREICHEN

